

Im Vorfeld einer ausgebliebenen Parteigründung Gedanken und Konzeptionen im Umfeld des Königswalder Friedensseminars im Frühjahr und Sommer 1989

von
MATTHIAS KLUGE

Die ostdeutsche Subkultur der 1980er-Jahre, die in der einschlägigen Literatur zumeist unter Termini wie „alternative Gegenöffentlichkeit“ o. ä. subsummiert wird, bleibt über lange Zeiträume hinweg ein schwer zu fassendes, weil weitgehend unstrukturiertes Phänomen. Eigentlich bis weit ins Jahr 1989 hinein besteht der nachweisbare Grad an Strukturierung vorrangig in gemeinsamen Treffpunkten bei einschlägigen Veranstaltungen (diverse Friedensseminare, Friedenswerkstatt, Konziliarer Prozess usw.); zumeist sind das eher personale Kristallisationskerne um Integrationsfiguren wie etwa Robert Havemann, Reiner Eppelmann, Rudolf Albrecht, Hansjörg Weigel und andere.

Solche eher informellen Netzwerke waren seitens der oppositionellen Szene über lange Zeit hinweg die wohl praktischste Antwort auf die Gefahr eines möglichen präventiven „Enthauptungsschlages“ seitens des MfS. Dies hatte Vorteile und Nachteile: Wo kein Haupt vorhanden war, konnte (einerseits) kein Enthauptungsschlag geführt werden. Wo kein Haupt vorhanden ist, bleiben (andererseits) aber oppositionelle Strukturen allenfalls rudimentär. Ganz zugespitzt heißt das: ohne Haupt keine Koordination. In dem Maße, in dem sich 1989 in den Kreisen dieser alternativen Gegenöffentlichkeit das Gefühl verdichtete, nunmehr in eine neuartige, singuläre politische Situation zu geraten, in genau diesem Maße überlebten sich die bisher eher losen, informellen Strukturen.

Auf der Ebene der Ereignisgeschichte vermag die Geschichtsschreibung zwar sehr wohl die Gründungstermine neuer Sammlungsbewegungen wie „Neues Forum“¹

¹ Ein seinerzeitiger Akteur vermerkt: „Die historisch kurze Geschichte der DDR-Bürgerbewegung ‚Neues Forum‘ begann am 9. September 1989 in Grünheide bei Berlin“; aus: MARTIN BÖTTGER, Vom Aufbruch zum Umbruch, in: „ehrlich und gewissenhaft“. Mielkes Mannen gegen das Neue Forum, hrsg. von Karl-Heinz Baum/Roland Walter, Berlin 2008, S. 41-43, hier S. 43. Das Neue Forum datiert seinen Gründungsaufruf auf den 12.09.1989 und beantragt am 19.09.1989 seine offizielle Zulassung; aus: HERMANN WEBER, Die DDR 1945–1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 20), München ²1993, S. 104.

und neuer Parteien wie SDP,² DA³ usw. festzuhalten, doch muss dem ganz augenscheinlich eine Übergangsphase vorangegangen sein. Es ist dies die Zeit, in der die bürgerbewegten Gruppen beginnen, ihre bisherigen losen Strukturen als defizitär zu empfinden und nach weiterführenden Auswegen zu suchen. Dabei ist es nahe liegend, dass qualitativ neue Strukturen zumindest zunächst aus bereits länger vorhandenen informellen Netzwerken heraus erwachsen. Diese Entwicklungsphase scheint in der bisherigen Forschung weitgehend vernachlässigt worden zu sein, lässt sie sich doch ereignisgeschichtlich kaum festmachen. Nachfolgend soll versucht werden, ein Beispiel aus diesem Formierungs- und Strukturierungsprozess nachvollziehend zu skizzieren.

Das Christliche Friedensseminar Königswalde, genau zwischen Zwickau und Werdau gelegen, war 1989 innerhalb der alternativen Gegenöffentlichkeit der DDR längst eine „Institution“.⁴ Sachsen kannte mit Königswalde, Meißen und Königswartha drei sicher etablierte Friedensseminare, von denen Königswalde das älteste war; dort traf man sich bereits seit 1973 im halbjährlichen Rhythmus. Für das erste Seminar vom 19.05.1973 wurden 28 Teilnehmer gezählt;⁵ für das 32. Treffen vom 20./21.05.1989 wurden etwa 300 Teilnehmer⁶ geschätzt und für das 33.

² Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack u. a. warben am 24.07.1989 für eine SDP-Initiativgruppe und traten am 26.08.1989 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit; aus: WEBER, DDR (wie Anm. 1), S. 104. Vgl. dagegen Neubert: „Am 28. August 1989 stellte [...] Markus Meckel den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei vor“; aus: EHRHART NEUBERT, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 1997, S. 835. Unstrittig ist hingegen das offizielle Gründungsdatum vom 07.10.1989 im Pfarrhaus Schwante.

³ Zumindest vorläufig kann die DA-Gründung auf den 23.08.1989 angesetzt werden, heißt es doch bei Neubert: „Nach vorherigen Absprachen im Juni während eines Kolloquiums in der Theologischen Studienabteilung trafen sich am 23. August in Dresden in der Wohnung des Sozialdiakons Rolf Schmidt Rainer Eppelmann, Ehrhart Neubert, Rudi Pahnke, Edelbert Richter, Wolfgang Schnur, Friedrich Schorlemmer, Thomas Sell, Harald Wagner und Thomas Welz konspirativ und verabredeten die Bildung einer politischen Vereinigung ‚Demokratischer Aufbruch – sozial, ökologisch‘ (DA) sowie ein landesweites Treffen am 1. Oktober“; aus: NEUBERT, *Opposition in der DDR* (wie Anm. 2), S. 828, 838 f. Für den 01.10.1989 ist eine Zusammenkunft in Ostberlin geplant; vgl. dazu: „Ich liebe euch doch alle!“, hrsg. von ARMIN MITTER/STEFAN WOLLE, Berlin ³1990, S. 178/79. Am 04.10.1989 verlangt u. a. der DA freie Wahlen unter UNO-Kontrolle, besteht zu diesem Zeitpunkt also bereits; aus: WEBER, DDR (wie Anm. 1), S. 313.

⁴ Neben diversen Zeitschriftenartikeln liegen dazu bislang lediglich zwei Monografien vor: MATTHIAS KLUGE, *Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau*. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen, Phil. Diss., Leipzig 2004; *Raum für Güte und Gewissen. Das Christliche Friedensseminar Königswalde im damaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt/DDR 1973–1990*, hrsg. vom Martin-Luther-King-Zentrum, Werdau 2004. Hinzu kommen noch einige akademische Abschlussarbeiten, so etwa die Magisterarbeit: ROMY THIELE, *Die evangelische Kirche und ihre Haltung zu den politisch alternativen Gruppen in der DDR (1978–1989) am Beispiel des Christlichen Friedensseminars Königswalde*, Leipzig 2003.

⁵ KLUGE, *Friedensseminar* (wie Anm. 4), S. 128.

⁶ Ebd., S. 412.

vom 07./08.10.1989 wurden wohl 600 gezählt.⁷ Der Zulauf wies aber nicht etwa eine lineare Aufwärtsentwicklung auf, sondern erlebte Anfang der 1980er-Jahre einen ersten Höhepunkt. Schon im Oktober 1982 sollen es 550 Besucher gewesen sein.⁸ Die Kurve folgte damit ziemlich genau der damals allerorts schwankenden Popularität der Friedensbewegung.

Das Königswalder Friedensseminar war im Grunde einer jener bereits erwähnten personalen Kristallisationskerne um eine als charismatisch betrachtete Führungspersönlichkeit. Auch damit war es eher die Regel als die Ausnahme. Im Friedensseminar Königswartha scharte man sich um Jan Laser, im Friedensseminar Meißen um Rudolf Albrecht und in Königswalde war es Hansjörg Weigel.⁹ Er selbst würde dem wohl niemals zustimmen. Tatsächlich faszinierend an ihm ist sein gänzlich autodidaktischer Entwicklungsweg vom GST-Schießausbilder zur regionalen Ikone der Friedensbewegung. Seine – tatsächlichen oder vermeintlichen – inneren Widersprüche werden zugespitzt gar als „merkwürdige Paradoxien“ charakterisiert¹⁰ und kreisen um die Pole eines mitunter auch die eigenen Kräfte bis zum körperlichen Zusammenbruch¹¹ übersteigenden Engagements einerseits und andererseits einer ausgeprägten Scheu vor Macht an sich. Weigel, 1943 geboren, ging es darum, die Gesellschaft freier und offener, friedlicher und menschlicher, bunter und farbiger, fröhlicher und wärmer zu machen.¹² Er prägte zunächst die kirchliche Jugendarbeit seiner Umgebung und initiierte dann das, was später als Königswalder Friedensseminar bekannt werden sollte. Weigel lebte in einem (mindestens das ganze eigene Land) überspannenden Freundeskreis. Das reichte z. B. bis nach Güstrow zum späteren Friedensseminar-Begründer Heiko Lietz und bis nach Binz zu Rechtsanwalt Wolfgang Schnur.¹³

⁷ Ebd., S. 427.

⁸ CHRISTIAN MAYER, Vom Friedensseminar in Königswalde, in: Der Sonntag. Gemeindeblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, 37. Jg., Nr. 47 vom 21.11.1982, S. 3; ebenso: Raum für Güte und Gewissen (wie Anm. 4), S. 102; vgl. auch KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 298 f.

⁹ Vgl. dazu: Hansjörg Weigel, in: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, hrsg. von EBERHARD KUHRT/HANNSJÖRG F. BUCK/GUNTER HOLZWEISSIG, Opladen 1999, S. 830; Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, hrsg. von HANS-JOACHIM VEEN u. a., München 2000, S. 367 f.; Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, hrsg. von ILKO-SASCHA KOWALCZUK/TOM SELLO, Berlin 2006, S. 252-255.

¹⁰ ECKHARD JESSE, Hansjörg Weigel, in: Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, hrsg. von dems., Berlin 2006, S. 261 f., hier insbes. S. 262.

¹¹ Am 26.05.1979 bricht der herzkrankte Weigel während eines Friedensseminars zusammen und muss sich zumindest für diesen Tag zurückziehen.

¹² Diese Adjektive treten bei vielmaliger Zitation immer wieder in unterschiedlicher Zusammensetzung, zumeist als Trias, auf; vgl. dazu KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 476 f.

¹³ Weigel lernte RA Schnur etwa 1975 durch seinen ehemaligen Bausoldaten-Kameraden Pf. Rudolf Albrecht vom Friedensseminar Meißen kennen, mit dem er 1977 die erste Verteidigung eines Reservendienstverweigerers (Gottfried Dietzsch) betreibt. Durch RA

Das Seminar hatte zunächst im Hinblick auf praktische Abläufe einen *modus vivendi* gesucht, der in halbjährlichen Wochenend-Treffen gefunden wurde und sich in dieser Form bewährte. Auf ein einleitendes Referat irgend eines Experten folgten Diskussionen in Gesprächsgruppen und schließlich ein abendliches Kulturprogramm. Der gemeinsame Gottesdienst mit der Ortskirchgemeinde am nächsten Vormittag beendete das Treffen. So war der Ablauf erprobt, so hatte er sich bewährt und so hätte man sich auch für künftige Zeiten selbstzufrieden einrichten können. Doch Weigel spürte, wie ihn das Bewährte mit der Zeit einengte.

1983 wollte er den bäuerlichen Vierseithof kaufen, in dem sich seit mindestens zwanzig Jahren seine Wohnung befand, um ihn zu einem Friedensbegegnungszentrum auszubauen. Schon im Januar 1983 meldete ein IM-Bericht: „Dies soll den Charakter eines Rüstzeitenheimes tragen und die Begegnung und den Gedankenaustausch der Anhänger einer staatlich unabhängigen ‚Friedensbewegung‘ ermöglichen“. ¹⁴ Darüber wurde sogar der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Gen. Siegfried Lorenz, informiert ¹⁵ und selbstverständlich wurde der Hauskauf daraufhin verhindert. ¹⁶

Abweichend vom halbjährlichen Friedensseminar-Rhythmus veranstalteten sie seit Mai 1983 jeweils in den letzten Tagen der Passionszeit ein für alle Interessierte offenes „Fasten für den Frieden“ in der Königswalder Dorfkirche. Dabei blieb es nicht. Schon im Mai 1986 vertraute Hansjörg Weigel einem engen Freund seine Idee eines „internationalen Gruppenseminars“ an. ¹⁷ Es war die Zeit, in der allerseits vom „Konziliaren Prozess“ geredet wurde. Also veranstaltete man in der kleinen Dorfkirche international besetzte „Kleine Konzile“, von denen das erste 1987, das zweite und dritte 1988, das vierte 1989 und das letzte 1990 stattfanden. ¹⁸ Aber in Hansjörg Weigel verstärkte sich gegen Ende der 1980er-Jahre zunehmend das Gefühl, dass das nicht mehr alles sein konnte bzw. dass das allein noch keine adäquate Antwort auf die aktuelle Situation war. Mit anderen Worten: Die gesellschaftskritische Herausforderung wurde angesichts der Agonie des SED-Regimes als derart schreiend empfunden, dass man darauf nicht mehr einzig mit beschaulichen Friedensseminaren und eher kontemplativ orientierten Konzilen reagieren konnte.

Schnur wiederum lernte Weigel Heiko Lietz (Güstrow) kennen; vgl. dazu: KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 200 f.

¹⁴ Information des IMB „Jürgen Große“ der Abt. XX/4 der BV Kmst. vom 11.01.1983, aus: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Chemnitz (im Folgenden: BStU-ASt. Chemnitz), nicht-personenbezogener Hefter FS XX-25, Bd. II, S. 01/02.

¹⁵ BStU-ASt. Chemnitz, PI 311/83 vom 02.06.1983, S. 58–62, hier S. 62.

¹⁶ Vgl. dazu KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 309 f.

¹⁷ Darüber berichtet der IM „Klaus Ungethüm“; vgl. dazu: BStU-ASt. Chemnitz, Akte XX-8: Jahresplanung und Monatsberichte 1985–1987, hier S. 4.

¹⁸ 1. Königswalder Konzil 06.–08.03.1987, 2. Konzil 19./20.02.1988, 3. Konzil 19.11.1988, 4. Konzil 06.–08.04.1989, 5. Konzil 26.–28.04.1990; vgl. dazu: KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 362 ff. In der Zählung hiervon abweichend: Raum für Güte und Gewissen (wie Anm. 4), S. 150 f.

Ein Bewusstsein dafür, dass man in eine neue Phase eingetreten war, in der bisherige Mittel und Methoden nicht mehr ausreichten, hat es – wie bei Weigel und seinen Freunden – offensichtlich auch auf der anderen Seite im MfS gegeben. Das Regime versuchte durchaus, neuen Herausforderungen mit neuen Antworten zu begegnen. Außenpolitisch löste man sich von der UdSSR und suchte eine viel engere Anlehnung als bisher an Frankreich und die VR China. Innenpolitisch – ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit – sei hier nur verwiesen auf die Gründung der „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ (GNU) im Kulturbund (KB) der DDR¹⁹ und die Gründung des Freidenkerverbandes der DDR Anfang 1989.²⁰ Zwar lagen beide Gründungen zeitlich relativ weit auseinander, doch passten sie beide ins selbe Konzept: Mit der GNU sollte das mittlerweile unübersehbare kritische Potential im Lande in konforme, zumindest staatsverträgliche Formen und Bahnen umgelenkt werden. Die Gründung des Freidenker-Verbandes hingegen war eine Reaktion auf den Umstand, dass sich die alternative Gegenöffentlichkeit weitgehend im innerkirchlichen Raum konstituierte und artikulierte. Dem innerkirchlichen (hauptsächlich protestantischen) Raum kam für eine weite Bandbreite des gesamtgesellschaftlichen Spektrums – notgedrungen – eine Stellvertreterfunktion zu, die in keinem Verhältnis stand zum tatsächlichen prozentualen Anteil der (vormaligen) Volkskirchen an der Gesamtbevölkerung. Dieser unerwünschten überproportionalen Präsenz meinte man entgegenzutreten zu können, indem die religionsfeindliche Propaganda künftig nicht mehr nur von der SED allein getragen, sondern auf breitere Schultern verteilt wurde. Der Gedanke, die Last der Aufgaben auf breitere Schultern verteilen zu wollen, galt freilich nicht nur für den Bereich von Agitation und Propaganda („Agit-Prop“). Auch im Bereich der vorbeugenden Verhinderung von PID²¹ und PUT²² sollte über so genannte „gesellschaftliche Kräfte“ oder „progressive Kräfte“ die Handlungsoffensive zurück errungen werden (Minister Mielke sprach in diesem Zusammenhang gern von den „guten Menschen“²³). Das war wohl auch der Kerngedanke des so genannten „Zwickauer Modells“ des MfS.

¹⁹ Die GNU im KB der DDR soll 1980 entstanden sein; vgl. dazu: NEUBERT, *Opposition in der DDR* (wie Anm. 2), S. 585. Die Arbeit der GNU-Ortsgruppen wurde vom MfS von Anfang an und grundsätzlich als despektierlich betrachtet und deshalb unter „operativer Kontrolle“ durch IM-Einsatz gehalten. Im MfS galt aus ideologischer Verblendung heraus der Grundsatz, dass jegliches Aufgreifen und Thematisieren kritikwürdiger Zustände im Bereich des Umweltschutzes von nichtstaatlicher, also privater Seite her nur ein Vorwand für PID (politisch-ideologische Diversion) und PUT (politische Untergrund-Tätigkeit) sei.

²⁰ Vgl. dazu: Freidenker. Dokumente und Informationen, hrsg. vom Zentralvorstand des Verbandes der Freidenker der DDR, ohne lfd. Jg., ohne lfd. Nr., Red.-Schluss: 15.09.1989; ACHIM JUNGHANS, Verband der Freidenker fördert offenen und konstruktiven Meinungsaustausch, in: *Freie Presse*, 27. Jg., Nr. 228 vom 27.09.1989, S. 8 (Lokalseite Zwickau-Stadt).

²¹ „Politisch-ideologische Diversion“ (PID).

²² „Politische Untergrund-Tätigkeit“ (PUT).

²³ So Mielke auf seiner Dienstbesprechung mit den BV-Chefs am 31.08.1989 in Ostberlin; vgl. dazu: „Ich liebe euch doch alle!“ (wie Anm. 3), S. 113-138, hier insbes. S. 132.

In gewissen Zirkeln innerhalb der Machtelite gab es offenbar Kreise, die glaubten, die Dinge zwar nicht mehr aufhalten, sehr wohl aber in ihrem Sinne lenken zu können. Viel ist in diesem Zusammenhang in den letzten knapp zwanzig Jahren über die Rolle von „Ljutsch“ spekuliert worden. Wie dem auch sein mag: Dem MfS ging es ganz augenscheinlich darum, die Führungsspitze jeder möglichen künftigen oppositionellen Gruppe oder Partei ganz massiv mit ihren eigenen Leuten zu besetzen, um so letztlich dennoch am sprichwörtlichen längeren Hebel sitzen zu bleiben. Verblüffenderweise fanden sich – zumindest zunächst – beinahe an der Spitze einer jeden oppositionellen Neugründung Personen, die entweder zweifelsfrei IM waren oder sich aber dieser Vermutung ausgesetzt sahen.²⁴ Dies galt sowohl für den Republik-Maßstab als auch für untergeordnete Ebenen. Dr. Martin Böttger²⁵ war im Mai 1985 Mitbegründer der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) und im September 1989 Mitbegründer des „Neuen Forums“.²⁶ Am 03.08.1989 war er von Ostberlin nach Cainsdorf bei Zwickau verzogen und übernahm den Aufbau des „Neuen Forums“ für den Bezirk Karl-Marx-Stadt.²⁷ Beim ersten Treffen zum Aufbau eigener Strukturen im Bezirk Karl-Marx-Stadt, so weiß er heute, waren von insgesamt sieben Anwesenden drei IM.²⁸ Dies mag beeindruckend erscheinen, doch als sich Böttgers Freund Hansjörg Weigel zu einer konspirativen Parteigründung aufraffte, da waren exakt 50 %

²⁴ Manfred „Ibrahim“ Böhme war Mitbegründer der SDP, wurde zum Geschäftsführer und im Februar 1990 zum Parteivorsitzenden gewählt. Böhme war unzweifelhaft IM; vgl. dazu: Wer war wer in der DDR?, hrsg. von HELMUT MÜLLER-ENBERGS/JAN WIELGOHS/DIETER HOFFMANN, Bonn 2000, S. 92. RA Wolfgang Schnur war am 29.10.1989 Mitbegründer des DA und wurde auf dem Gründungsparteitag vom 17.12.1989 zum Parteivorsitzenden gewählt. Schnur war unzweifelhaft IM; vgl. dazu: ebd., S. 757 f. Lothar de Maiziere übernahm am 10.11.1989 den Vorsitz der bisherigen Blockpartei CDU und wurde später verdächtigt, der IMB „Czerny“ gewesen zu sein, was er selbst stets bestritt; vgl. dazu: ebd., S. 547 f.; Manfred Stolpe (SPD) wird als IM „Sekretär“ der Kollaboration mit dem MfS verdächtigt usw.

²⁵ Ebd., S. 99 f.; Volkshandbuch Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, hrsg. vom Sächsischen Landtag, Rheinbreitbach ³1993, S. 23; Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch, hrsg. von BERND-RAINER BARTH/CHRISTOPH LINKS/HELMUT MÜLLER-ENBERGS/JAN WIELGOHS, Frankfurt a. M. ²1996, S. 90; Biographisches Handbuch der SBZ/DDR, Bd. 1, hrsg. von GABRIELE BAUMGARTNER/DIETER HEBIG, München 1996, S. 77; Lexikon Opposition und Widerstand (wie Anm. 9), S. 81 f.; Für ein freies Land mit freien Menschen (wie Anm. 9), S. 318-320.

²⁶ NEUBERT, Opposition in der DDR (wie Anm. 2), S. 836. Ein Foto davon in: Für ein freies Land mit freien Menschen (wie Anm. 9), S. 347.

²⁷ Zur Rolle Böttgers im Herbst 1989 im Bez. Kmst. vgl. auch: HOLGER HORSCH, „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Schriftenreihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. Deutschen Demokratischen Republik, Abt. Bildung & Forschung. BF informiert 19 [1997]), Berlin 1997, hier insbes. S. 12, 17, 19, 53 und 55.

²⁸ Gespräch des Verf. mit Böttger vom 18.09.2008. Böttgers Kenntnisstand zu diesem Zeitpunkt ging bereits hinaus über seine Ausführungen in einer erst am 01.09.2008 vorgestellten Neuerscheinung; vgl. dazu: BÖTTGER, Vom Aufbruch zum Umbruch (wie Anm. 1), S. 41-43.

der Mitglieder des ersten Treffens IM. Da diese historische Randepisode bislang nahezu völlig unbekannt ist,²⁹ soll sie nun nachskizziert werden.

Am 20.05.1989 hatte der damals schon recht populäre Pfarrer Friedrich Schorlemmer auf dem Königswalder Frühjahrs-Friedensseminar referiert zum Thema „Wenn wir keine Feinde hätten, müssten wir sie erfinden“.³⁰ Zu den Gepflogenheiten des Friedensseminars gehörte es, dass der jeweilige Referent bei Familie Weigel übernachtete. Spätabends saß man im engsten Freundeskreis mit dem auswärtigen Gast noch in lockerer Runde beieinander, um gelöst zu plaudern. Schorlemmer forderte in dieser intimen Runde „die Schaffung der Möglichkeit der Wahl einer legalen Opposition in der DDR nach dem Beispiel der VR Polen und Ungarns“. So wurde es dem MfS zugetragen, denn auch in dieser ganz internen Runde saßen Spitzel.³¹ Schorlemmer werden derartige Gedanken nicht spontan gekommen sein. Schon im nächsten Monat, im Juni 1989, wird er am Rande eines Kolloquiums in der „Theologischen Studienabteilung“ des BEK Absprachen in diesem Sinne treffen.³² Im weiteren Sinne gehörte möglicherweise bereits sein nächtliches Gespräch vom 20.05.1989 in Königswalde in den Rahmen solcher „Absprachen“. Der Referent musste in diesem internen Kreis niemandem darlegen, wie überaus fragil die Lage im Lande ist. Es galt einzig zu überlegen, wie darauf reagiert werden kann.

Schorlemmer entschloss sich in dieser Zeit für den Schritt vom Wort zur Tat und Gastgeber Weigel ebenfalls. Offenbar unter Berufung auf Spitzelberichte der IM „Conrad“, IM „Christiane“ und IMB „Jürgen Große“ der MfS-Bezirksverwaltung meldete Hauptmann Eberhardt bereits am 30.05.1989 in einem etwas holprigen Deutsch: „Am Rande des ‚Friedensseminars‘ wurde durch Weigel der Termin für eine Zusammenkunft mitgeteilt, am 22.7.1989 in der Zeit von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr in seinem Bungalow in Königswalde. Inhaltlich sollen Möglichkeiten für ‚Christen‘ zur Bildung eines oppositionellen Vereins oder einer oppositionellen Partei und deren struktureller Aufbau in der DDR diskutiert werden. Dazu ist ein ausgewählter Freundeskreis eingeladen aus dem Bereich der sächsischen Landeskirche.“³³

Der Wille zur Parteigründung kann sich bei Hansjörg Weigel erst in den Tagen dieses Mai-Friedensseminars (aber noch vor dem eben erwähnten Gespräch mit

²⁹ Einzig dazu bislang: KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 412-421.

³⁰ Ein Foto von Schorlemmers Referat in Königswalde findet sich in: Keine Gewalt! Der friedliche Weg zur Demokratie, hrsg. von NORBERT HEBER/JOHANNES LEHMANN, Berlin 1990, S. 10; RAINER ECKERT/KORNELIA LOBMEIER, Schwerter zu Pflugscharen: Geschichte eines Symbols, Bonn 2007, S. 33.

³¹ „Information“ von Abt.-Ltr. OS� Eichler vom 26.06.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, Akte XX-15, S. 66-68, hier S. 66. Sinngemäß gleichlautend bereits die „Information“ von Hptm. Eberhardt (Abt. XX/4 der BV Kmst.) vom 30.05.1989, in: ebd., OV „Spaten“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 430 f.

³² NEUBERT, Opposition in der DDR (wie Anm. 2), S. 828.

³³ „Information“ von Hptm. Eberhardt (Abt. XX/4 der BV Kmst.) vom 30.05.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. 2214/77, Bd. III, S. 430 f.

Schorlemmer) so dezidiert herausgebildet haben. Noch zehn Tage vor diesem Mai-Friedensseminar hatte ihm wohl eher ein Gremium vorgeschwebt, das eine effektivere Koordinierung bewirken sollte, einerseits zwischen der Vielzahl der unterschiedlichen Gruppen und andererseits zwischen den Gruppen insgesamt und der Amtskirche.

Bemühungen um Absprachen und Koordinierung sind an sich wohl so alt wie die Gruppen selbst, doch gab es offenbar immer wieder ärgerliche „Reibungsverluste“, die mit der bislang gepflegten Praxis nur unzulänglich behoben werden konnten, so dass Weigel nun die Notwendigkeit für eine qualitativ neuartige Koordination gekommen sah.

Für den Stand der Überlegungen im Mai/Juni 1989 ist ein MfS-Bericht eine wichtige Quelle, wo es heißt: „Bereits am 10.5.1989 nahm Weigel in diesem Zusammenhang an einer Beratung des Fortsetzungsausschusses des Treffens von ‚Friedens-, Ökologie-, und 2/3-Welt-Gruppen‘ der Landeskirche Sachsens unter der Verantwortung von Landesjugendpfarrer Bretschneider, Harald, in Dresden teil. Dabei schlug er vor, ein Leitungsgremium für die ‚sächsischen Basisgruppen‘ zu schaffen. Dieses Gremium soll während des nächsten Treffens am 19./20.1.1990 in Karl-Marx-Stadt für die Dauer von 3 Jahren gewählt werden. Es soll bestehen aus Vertretern von ‚Friedens-, Ökologie-, 2/3-Welt- und Gerechtigkeitsgruppen‘ der Landeskirche Sachsens, dem Regionalvertreter Sachsens bei ‚Frieden konkret‘, Synodalen, einem Vertreter des Landeskirchenamtes und dem Landesjugendpfarrer Bretschneider. Weigel selbst geht von seiner Mitgliedschaft als Synodaler aus. Mit der Schaffung dieser neuen Strukturen sollen Formen der Zusammenarbeit zwischen Landeskirchenamt, Synode und den ‚Basisgruppen‘ getestet werden sowie ein kontinuierlicher Informationsfluss gewährleistet werden. Der zu bildende Ausschuss soll sich zu einem ‚beratenden Gremium‘ entwickeln, ohne die dezentrale Struktur der Gruppen anzutasten. Durch Weigel ist beabsichtigt, dieses Vorhaben durch die Tagung der Herbstsynode der Landeskirche Sachsens (Antrag 214) im Oktober 1989 bestätigen zu lassen.“³⁴

Bei aller selbstverständlich stets zu berücksichtigenden Quellenkritik kann dieser Bericht als weitgehend zuverlässig kategorisiert werden, da er eine Zusammenfassung der Berichte der besten Spitzel der BV im Kirchensektor darstellt. Spätere Gespräche des Verfassers mit Weigel haben kein hiervon abweichendes Bild ergeben. Bereits in einem Bericht von Oberstleutnant (OSL) Eichler vom 27.03.1989 wurde, basierend auf Informationen des IMB „Jürgen Große“, gemeldet, dass Weigel über einen Antrag in der sächsischen Landessynode die Bildung eines Ausschusses für „Friedens-, Ökologie- und 2/3-Welt-Arbeit“ nach dem Vorbild der Mecklenburgischen Landeskirche durchsetzen und sich künftig darauf konzentrieren wolle.³⁵

³⁴ Aus: „Information“ von Abt.-Ltr. OSL Eichler vom 26.06.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, Akte X-15, S. 66-68.

³⁵ Aus: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 405 f.

Die Spitzelberichte über das Geschehen vom 10.05.1989 sind zwar völlig zutreffend, aber an entscheidender Stelle unvollständig. Weigel fuhr an diesem 10. Mai nicht etwa allein nach Dresden. Mit ihm im Auto saßen drei enge Freunde aus Karl-Marx-Stadt: RA Jürgen Meyer, Johannes Gerlach und Jürgen Thorandt. Während dieser gemeinsamen Autofahrt kam die Idee auf, zunächst streng konspirativ eine Partei zu gründen. An diesem 10. Mai waren die Vorstellungen aber noch ganz unausgegoren und Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider³⁶ gegenüber wurden sie nicht angesprochen.

Wenn sich also Hansjörg Weigels Überlegungen erst zwischen dem 10. und dem 20.05.1989 von der Vorstellung einer zentralen Koordinierungsgruppe abgewandt und dem Plan einer Parteigründung zugewandt haben, so konnte freilich an programmatischer Vorarbeit nicht viel erwartet werden. Weigel lebte in diesen Wochen und Monaten beständig hart an den Grenzen seiner physischen und psychischen Belastbarkeit. Kam er nachmittags aus dem Betrieb von der Arbeit, so hatte er sich um seine Tierhaltung auf seinem großen Bauernhof zu kümmern. Hinzu kam seine ehrenamtliche Arbeit in der Kirchgemeinde ebenso wie seine auswärtigen Vortragsverpflichtungen. Er engagierte sich im Sommer 1989 gegen die massenweise Verwendung von radioaktiv strahlendem Wismut-Schotter im Straßen- und Wegebau seines unmittelbaren Umfeldes. Eigentlich durfte der strahlende Schotter nur im Straßen-Unterbett mit verbaut werden, doch in der gängigen Praxis jener Tage wurden mit dem kontaminierten Material durchaus auch Feldwege befestigt, auf denen seine damals kleinen Enkel spielten. Es wurde also oberflächlich aufgetragen und konnte ungehindert ausstrahlen. Vor allem aber wurde er regelrecht überrannt von einer Vielzahl von Ausreisewilligen, die insbesondere aus Zwickau kamen (wo Pf. Dr. Edmund Käbisch und Pf. Armin Meyer aus Neukirchen bei Crimmitschau spezielle Gottesdienste für sie und mit ihnen abhielten) und hier das beratende Gespräch suchten, um ihre Übersiedlung nach Möglichkeit zu beschleunigen. Weigels Freizeitkontingent wurde also mehr als erschöpfend beansprucht; für längerfristige politische Programmatik blieben weder Zeit noch Muße. So darf einfach angenommen werden, dass sich seine Maximen politischer Programmatik ganz allgemein an den Postulaten der Ökumenischen Versammlung (nämlich Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung) orientierten.

Friedrich Schorlemmer und Hansjörg Weigel waren sich am 20.05.1989 in Königswalde zwar darin einig, dass etwas geschehen musste. Doch glaubten beide offenbar auch, nicht unbedingt unter Zeitdruck zu stehen. Und genau so war das weit verbreitete Empfinden in jenen Wochen, was auch Neubert aus seiner Perspektive ganz allgemein bestätigt: „Alle diese Planungen gingen noch im Sommer 1989 davon aus, einen längeren Zeitraum zur Durchsetzung der eigenen Ziele vor

³⁶ Wer war wer in der DDR (wie Anm. 24), S. 111 f.

sich zu haben“.³⁷ Dieses Empfinden bestätigt auch Johannes Gerlach mit Blick auf den 22.07.1989, wenn er ausführt: „da wir keinen direkten Zeitzwang hatten“.³⁸

Vor diesem Hintergrund kam es am 22.07.1989 in dem abseits gelegenen Gartengrundstück Hansjörg Weigels zu einer vertraulichen Zusammenkunft im kleinsten Kreis. Eingeladen waren Rechtsanwalt Jürgen Meyer und Diplomingenieur Stephan Thorandt sowie Johannes Gerlach vom Friedensarbeitskreis Hilbersdorf.³⁹ Es waren also genau die drei engen Freunde, mit denen er am 10.05.1989 zu Harald Bretschneider ins Dresdner Landeskirchenamt gefahren war und mit denen während dieser Autofahrt die Idee einer Parteigründung geboren wurde.

Johannes Gerlach wurde im Januar 1954 in Pleisza geboren, hatte in Krumhennersdorf für zehn Jahre die Polytechnische Oberschule (POS) besucht und dann 1970–1973 eine Berufsausbildung mit Abitur zum Lokomotivschlosser absolviert.⁴⁰ Nach Erwerb des Abiturs auf dem zweiten Bildungsweg absolvierte er 1975–1980 ein Physikstudium in Dresden und arbeitete seit 1980 als Strahlenphysiker im Karl-Marx-Städter Klinikum Küchwald. Im selben Jahr ist er von Zschopau nach Karl-Marx-Stadt umgezogen, weil er dort einfach keine Wohnung bekam. Am neuen Arbeitsplatz war er zuständig für Röntgen- und Bestrahlungstechnik. Seit 1986 war er zudem Fachphysiker für Klinische Strahlenphysik. Er war – zu dem Zeitpunkt – verheiratet, hatte zwei Kinder sowie seit Anfang der 1980er-Jahre ein Eigenheim, war also nach konventionellen Vorstellungen saturiert. Dennoch war er nach eigenen Angaben⁴¹ seit 1980 in verschiedenen Friedensgruppen der Bezirksstadt tätig. Das MfS „honorierte“ dieses Engagement 1983 mit der Eröffnung des OV „Physik“.⁴² „Als Friedensaktivist hatte Gerlach in der DDR Dissertationsverbot“, heißt es später in einer Skizze seiner Person.⁴³ Drei Ehepaare seien sie gewesen, die 1980 in Hilbersdorf zu ihrem Ortspfarrer Knut Geißler gingen und darauf drängten, man müsse doch irgend etwas tun. 1981/82 sei er dann richtig intensiv in die kirchliche Friedensarbeit eingestiegen

³⁷ NEUBERT, Opposition in der DDR (wie Anm. 2), S. 828.

³⁸ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

³⁹ Zum Friedensarbeitskreis Karl-Marx-Stadt-Hilbersdorf vgl. zuletzt: ANNE-CATHRIN SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen im Umfeld der evangelischen Kirche in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in den 1980er Jahren. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte der Stadt Chemnitz, Phil. Diss., Berlin 2008.

⁴⁰ Vgl. zur Biografie Johannes Gerlachs auch: Friedliche Revolution und deutsche Einheit (wie Anm. 10), S. 240; Johannes Gerlach, in: „ehrlich und gewissenhaft“ (wie Anm. 1), S. 94 f..

⁴¹ Gerlach, Johannes, in: Volkshandbuch Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode (wie Anm. 25), S. 32. An anderer Stelle sagt er: „Nach dem Studium begann ich, inzwischen in Chemnitz gelandet, eine Friedensgruppe mit aufzubauen“, aus: ANDRÉ PAUL, „Ich bin reich beschenkt“, in: Der Sonntag, 61. Jg., Nr. 35 vom 27.08.2006, S. 10.

⁴² Einzelne Spitzelberichte über ihn sind freilich deutlich älter.

⁴³ HUBERT KEMPER, Einmal Dresden, Brasilien und zurück, in: Freie Presse, 41. Jg., Nr. 24 vom 29.01.2003, S. 3.

und in der folgenden Zeit auch etwa dreimal zum Königswalder Friedensseminar gekommen.⁴⁴ Im Frühjahr 1983 hatte der Friedensarbeitskreis Hilbersdorf „einen Brief an Honecker verfasst – gegen die Nachrüstung mit Pershing II und SS 20. Der Bürgermeister für Inneres von Karl-Marx-Stadt zitierte den Arbeitskreis zu sich und sagte, wie sich Gerlach erinnert, er würde sie bei allem unterstützen, was sich gegen Bonn richte. Aber wenn sie versuchen sollten, den Pluralismus über die Hintertür der Kirche einzuführen, würde sie die ganze Macht des Staates treffen. ‚Wir hatten ganz schönen Bammel‘, erinnert sich Gerlach“.⁴⁵ Letztlich war er einer der ganz wenigen Bürgerrechtler, die – wie z. B. auch Hansjörg Weigel – nicht von ihrer heimatlichen MfS-Kreisdienststelle (KD) „bearbeitet“ wurden, sondern ganz direkt und unmittelbar von der Abt. XX/4 der MfS-Bezirksverwaltung (BV) Karl-Marx-Stadt. Der dortige Abteilungsleiter, Hauptmann Eberhardt, war also unmittelbar für sie „verantwortlich“.

Zu seiner Motivation sagt Gerlach: „Mir war zu diesem Zeitpunkt (etwa Frühsommer '89) klar, dass die DDR in ihrer starren Form nicht mehr haltbar war. Wirtschaftsleute, wenn sie Patienten waren, sprachen immer mehr als sonst. Diese belegten, dass die DDR-Wirtschaft auf Verschleiß gefahren wurde (ich erinnere mich an zwei solcher Gespräche)“.⁴⁶

Nach der hier skizzierten Episode vom Juli 1989 gehörte er zwei Monate später zu den Mitbegründern des „Neuen Forums“ für den Bezirk Karl-Marx-Stadt und trat nochmals einen Monat später, im Oktober 1989, in die SDP ein, deren stellvertretender Bezirksvorsitzender er wurde. Damit ist die Weichenstellung hin zu seiner SPD-Parteikarriere erfolgt.⁴⁷ Gerlach saß am „Runden Tisch“ der Bezirksstadt,⁴⁸ zog im März 1990 für den Wahlkreis 8 (Karl-Marx-Stadt) in die frei gewählte Volkskammer ein⁴⁹ und gehörte von 1990 bis 1999 dem sächsischen Landtag an. 1990 endete seine Tätigkeit als Strahlenphysiker am Küchwaldkrankenhaus. 1992 bis 1994 studierte er Umweltwissenschaften an der TU Dresden. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2002 lagen Forschungsaufenthalte in Brasilien, wo er für die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitete, ehe er im September 2002 erneut in den Landtag auf Platz 5,16 einrückte,⁵⁰ wo er bis zum Ende der 4. Legislaturperiode im Sommer 2009 sitzt. Für den neuen Landtag hatte er nicht mehr kandidiert.

⁴⁴ Wichtigste Quelle und für ihn selbst Gedankenstütze sei sein Notizbuch für den Zeitraum von 1980 bis zur SDP-Gründung 1989, woran ein zweites Notizbuch mit den Eintragungen zu 1989/90 anschließt.

⁴⁵ VÖLKER KNAUER, Frühere Spitzel getroffen, in: Freie Presse vom 13.01.1992.

⁴⁶ Gedächtnisprotokoll Johannes Gerlachs zum Treffen vom 22.07.1989, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

⁴⁷ Vgl. dazu: Volkshandbuch Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode (wie Anm. 25), S. 32; dass., 4. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2005, S. 46; Landtagskurier Freistaat Sachsen 6 (1998), S. 10; KATJA CIESLUK, Wir wollten bewusst keine Siegerjustiz üben, in: Landtagskurier Freistaat Sachsen 2 (2008), S. 10 f.

⁴⁸ ANDRÉ PAUL, Solidarisch leben, in: Der Sonntag, 61. Jg., Nr. 13 vom 26.03.2006, S. 6.

⁴⁹ Vgl. dazu Freie Presse vom 24.03.1990, S. 2.

⁵⁰ Freie Presse, 40. Jg., Nr. 223 vom 24.09.2002, S. 3.

Stephan Thorandt wurde, wie Gerlach, ebenfalls 1954 geboren. Rückblickend wirkte er stets freundlich, überaus intelligent, offen, emsig und gesprächig. Johannes Gerlach etwa mochte ihn, „da er immer voller Ideen war“.⁵¹ Er „war nach dem Abitur bis zu seiner Einberufung zur NVA als Bauhilfsarbeiter tätig. Er strebte ein Studium als Bauingenieur in Dresden an. Bereits während seines Wehrdienstes hatte er 1972 den ersten Kontakt zum MfS. Die IM-Kandidatenzeit bestand er u. a. aufgrund seiner sofortigen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst glänzend. Am 10. April 1973 unterschrieb er seine erste Verpflichtungserklärung und wählte den Decknamen ‚Jürgen Franze‘.“⁵² Die Frage nach seiner Motivation kann nur andeutungsweise beantwortet werden: Sein Vater⁵³ soll antifaschistischer Widerstandskämpfer gewesen sein, der die NS-Zeit zwar überlebte, aber erblindete. Die Parole „Nie wieder Faschismus!“ als Begründung für die eigene Spitzeltätigkeit taucht rückblickend in der einschlägigen Rechtfertigungsliteratur so oft auf, dass man ihr schon prototypischen Charakter beimessen kann. Genau ein Jahr später hat er seinen Grundwehrdienst in den Grenztruppen der DDR beendet. Mit der Versetzung in die Reserve, also der Entlassung aus der NVA, endete nun jedoch nicht etwa seine Spitzel-Karriere, sondern sie begann erst richtig. Thorandt hatte sich an der Grenze bewährt und durfte nun an der Technischen Universität Dresden genau das von ihm erstrebte Studium aufnehmen. Dort wurde er vom MfS übernommen, um ihn von Anfang an ganz zielgerichtet in die innerkirchliche Sphäre einsickern zu lassen.⁵⁴ Seit Oktober 1974 läuft er unter dem neuen Decknamen „Jürgen Große“. Seit 1976 wurde Stephan Thorandt nicht mehr von irgendeiner nachgeordneten Kreisdienststelle (KD) des MfS (wie bisher Brand-Erbisdorf), sondern direkt von der Bezirksverwaltung (BV) Karl-Marx-Stadt geführt.⁵⁵ 1978 schloss er sein Studium in Dresden ab, um von nun an – auftragsgemäß – im Büro des Stadtarchitekten von Karl-Marx-Stadt zu arbeiten. Im August 1981 wurde der Spitzel zum IMB qualifiziert, also zum Inoffiziellen Mitarbeiter mit Feindberührung.⁵⁶ Am 04.05.1981 erhielt er vom MfS einen schriftlichen Auftrag, „der die Ziele, Maßnahmen und Methoden des Einsatzes genau beschreibt“⁵⁷ und mit dem Stephan Thorandt auch ganz ausdrücklich auf Hansjörg Weigel angesetzt wurde.⁵⁸ So heißt es etwa in den Planungsunterlagen des MfS: „Unter der Legende des Austauschs und der Vermittlung von Erfahrungen zur Vorbereitung des Kirchentages 1983 erfolgt [...] ein persönlicher Besuch des IM bei Weigel in Königswalde mit dem Ziel vertrauliche

⁵¹ Gedächtnisprotokoll von Johannes Gerlach zum Treffen vom 22.07.1989, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

⁵² SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 259-270, hier S. 259. Thorandt agiert heute als erfolgreicher Bauunternehmer.

⁵³ Vgl. ebd., S. 264 f.

⁵⁴ Ebd., S. 260 f.

⁵⁵ Ebd., S. 266.

⁵⁶ Ebd., S. 265.

⁵⁷ Ebd., S. 266.

⁵⁸ Ebd., S. 269.

Beziehungen herzustellen. Dabei ist unter Einbeziehung des Ehepartners das Literaturinteresse und die Kenntnis des Weigel darüber zu nutzen und ein privater Gegenbesuch durch Weigel anzustreben⁵⁹. Die Umsetzung dieser Auftragstellung vom Januar 1983 im Hinblick auf Weigel gelang Thorandt in den folgenden Monaten und Jahren so perfekt, dass er insgesamt elf Aktenordner (zu je 200-900 Seiten) mit Spitzelberichten zu füllen vermochte und von Weigel zum ersten Treffen zur Vorbereitung einer Parteigründung am 22.07.1989 mit hinzu gezogen wurde. Er meldete z. B. im Januar 1983 in einem IM-Bericht, dass Weigel vorhat, sein Wohnhaus zu kaufen und zu einem „Friedensbegegnungszentrum“ auszubauen – womit der Plan zum Scheitern verurteilt war.⁶⁰ Johannes Gerlach wird sich nach der „Wende“ für ein einstündiges Gespräch mit Stephan Thorandt treffen; danach „war ich regelrecht schockiert, weil der frühere IM sagte, die Arbeit habe ihm Spaß gemacht. Das sei seine Welt gewesen“.⁶¹

Rechtsanwalt Jürgen Meyer ist der Vierte in Weigels konspirativer Gartenrunde vom Juli 1989. Er wurde 1949 geboren und ist damit nach Weigel (Jg. 1943) der zweitälteste Akteur im Bunde. Meyer hat 1969 sein Abitur gemacht und dann bis 1973 an der Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU) Jura studiert, von wo er als Diplomjurist abging. Bis 1977 war er zuerst Gerichtsassistent und dann Richter für Zivilangelegenheiten am Kreisgericht in Zwickau. Dies waren genau die Jahre, in denen das Königswalder Friedensseminar entstand und wuchs. Mit dem Auto konnte man vom Kreisgericht Zwickau aus die Königswalder Kirche in etwa fünf Minuten erreichen. Doch Jürgen Meyer hatte damit zunächst überhaupt nichts im Sinn, sondern arbeitete von 1977 bis 1980 als hauptamtlicher Instrukteur des NDPD-Bezirksverbandes Karl-Marx-Stadt, um dann an die Volkseigene (VE) Gaststätten- und Hotelorganisation in der Bezirksstadt zu wechseln.⁶² Im Mai 1981 bot er dem MfS ganz von sich aus unterwürfigst seine ergebnen Dienste an: „Aufgrund seiner Tätigkeit habe er Informationen zu politisch negativ auftretenden Personen in Gaststätten, für die sich die VP, mit der er gelegentlich zu tun habe, aber nicht interessiere. [...] Eine Woche später übergab er einen schriftlichen Bericht“.⁶³ In einem Zeitungsinterview von 1990 erzählte er es etwas anderes. Auf die Frage, wie und wann er Spitzel geworden sei, antwortete er: „Etwa 1978. Ich

⁵⁹ Aus: Vorschlag der Abt. XX der BV Kmst. zum Einsatz des IMB „Jürgen Große“ in die polit.-operative Bearbeitung der OV „Centrum“ (Sup. Magirius/Kmst.) und „Spaten II“ (Hansjörg Weigel/Königswalde) vom 07.01.1983, in: BStU-ASt. Chemnitz, Reg.-Nr. XIV 1473/74, Bd. I/II, Bl. 104-106, hier Bl. 105; hier zitiert nach: SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 270. Stephan Thorandts Ehefrau war Germanistin an der TU Chemnitz und Weigel passionierter Literaturfreund.

⁶⁰ Information des IMB „Jürgen Große“ der Abt. XX/4 der BV Kmst. Vom 11.01.1983, aus: BStU-ASt. Chemnitz, nicht-personenbezogener Hefter FS XX-25, Bd. II, S. 01/02.

⁶¹ KNAUER, Frühere Spitzel getroffen (wie Anm. 45). Weigel gegenüber offenbarte er sich jedoch schon Anfang 1990 und möchte mit ihm in Kontakt bleiben.

⁶² SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 270-277, hier S. 271.

⁶³ Dieser Bericht ist datiert auf den 01.06.1981, siehe: Ebd., S. 271 – also mitnichten auf 1978.

war zu einem Vortrag in der Kirche. Ein Psychologe sprach an diesem Abend über Probleme in der Kindheit. Ich war empört, wie der über unser Bildungssystem vom Leder zog. Den nächsten Tag bin ich zur Stasi und hab' den angezeigt".⁶⁴ Am 30.09.1981 unterschrieb er seine Verpflichtungserklärung mit dem selbst gewählten Decknamen „Conradt“; seine Ehefrau verpflichtete sich im Folgejahr mit dem Decknamen „Christiane“. Im November 1982 wurde das IM-Pärchen an die Abt. XX/4 der BV Karl-Marx-Stadt übergeben und auf die innerkirchliche Sphäre, speziell die Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde im gigantischen Neubaugebiet der Bezirkstadt angesetzt. Seit Juli 1982 nahmen sie dort Unterricht, ließen sich taufen und konfirmieren.⁶⁵ Aber das sei nicht seine Idee gewesen: „das mit der Taufe kam von der Stasi [...] Auch die Kirchensteuer wurde für mich von der Stasi bezahlt“. ⁶⁶ Jürgen Meyer erhielt den Auftrag, eine Festanstellung als Kirchenjurist anzustreben.⁶⁷ Von nun an sah man das Ehepaar noch häufiger in der Verwaltungskanzlei der Bonhoeffer-Gemeinde, wo aber bereits eine Verwaltungsangestellte für das MfS spitzelte. Wäre die Stelle des Kirchenamtsrates in der Bezirksstadt nicht bereits besetzt gewesen und hätte Meyer nicht auf seiner Ortsgebundenheit bestanden, wäre seine Bewerbung beim Präsidenten des Landeskirchenamtes, Kurt Domsch, möglicherweise erfolgreich gewesen, denn der suchte gerade für die Kirchenamtsratsstelle Dresden einen guten Juristen.⁶⁸ Das sächsische Landeskirchenamt hatte zu DDR-Zeiten mit Heitmann, Zuber, Richter und Hoffmann lediglich vier eigene Kirchenjuristen ausbilden lassen.⁶⁹ Die Kirchenamtsratsstelle Karl-Marx-Stadt aber wurde erst mit Wirkung zum 01.03.1988 mit Kirchenamtsrat Hans Dietrich Knoth⁷⁰ neu besetzt. Ab 1985 bemühte sich Jürgen Meyer dann wieder verstärkt um eine Zulassung als Rechtsanwalt und war damit 1988 tatsächlich erfolgreich,⁷¹ weshalb er sich aus der innerkirchlichen Friedensarbeit in

⁶⁴ RÜDIGER KNECHTEL, „Aber ich liebe euch doch alle“, in: Freie Presse, 28. Jg., 03.02.1990, S. 7.

⁶⁵ SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 272.

⁶⁶ KNECHTEL, „Aber ich liebe euch doch alle“ (wie Anm. 64), S. 7.

⁶⁷ SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 272.

⁶⁸ Ebd., S. 273.

⁶⁹ Vgl. dazu: STEFFEN HEITMANN/HANS DIETRICH KNOTH, Die Sonderausbildung der Kirchenjuristen – Ausbildung von Juristen durch die evangelischen Landeskirchen in der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. IV, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 533 ff.

⁷⁰ Hans Dietrich Knoth, 1944 in Dippoldiswalde im Erzgebirge geboren, durchläuft die juristische Ausbildung für den höheren kirchlichen Verwaltungsdienst in Naumburg/Saale. Seit 1975 ist er Kirchenamtsrat (KAR) in Zwickau, ab 1988 in Kmt., seit 1990 Oberkirchenrat (OKR), seit März 2003 im Landeskirchenamt (LKA) in Dresden; seit April 2004 als Oberlandeskirchenrat (OLKR); ab 30.06.2005 Ruhestand; aus: Der Sonntag, 60. Jg., Nr. 27 vom 03.07.2005, S. 5; Amtsblatt Nr. 15/16 vom 31.08.2005, S. A 127. Zu Knoth vgl. auch: HANS DIETRICH KNOTH/EBERHARD DITTRICH, Kirche und Kirchen, in: Die Region Südwestsachsen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, hrsg. von Paul-Willy Heilmann/Peter Jurcek, Chemnitz 1999, S. 121-132.

⁷¹ SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 274.

Karl-Marx-Stadt zumindest teilweise zurückzog.⁷² Im Königswalder Friedensseminar blieb das Pärchen „Conradt“ und „Christiane“ bis einschließlich Oktober 1989 aber weiterhin anwesend und interessiert. Vor Beginn der Königswalder Friedensseminare fragte RA Meyer Weigel jedes Mal, ob er nicht bitte das Referat mit seinem Diktiergerät aufnehmen dürfe. Da er doch körperbehindert⁷³ und wenig wendig sei, müsse man ihm doch etwas entgegenkommen. 1997 ließ Jürgen Meyer Hansjörg Weigel eine schriftliche Erklärung unterzeichnen, in der es heißt: „Ich bestätige hiermit, dass Herr Meyer im Friedensseminar Tonbandaufzeichnungen mit einem sehr kleinen Tonbandgerät angefertigt hat“.⁷⁴

Im Herbst 1989 war RA Meyer ganz aktiv im „Neuen Forum“ und speziell der „AG Menschenrechte“. Am 02.11.1989 erhielt er vom MfS letztmalig eintausend DDR-Mark gegen Quittung. Makabrerweise wählte die 23. Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens 1991 ausgerechnet ihr Mitglied RA Meyer für die Amtszeit 01.01.1991–31.12.1996 zum Vorsitzenden ihrer „Kammer für Amtszucht“.⁷⁵ Er führte 1991 in Burgstädt seine eigene Rechtsanwaltskanzlei und hatte gut zu tun: Allein zwanzig Leidtragende vom Bund stalinistisch Verfolgter wählten ihn als ihren Rechtsbeistand und vertrauten ihm ihr Rehabilitierungsverfahren an. Auch Hansjörg Weigel, der im Sommer 1980 inhaftiert worden war, übertrug ihm mit Datum vom 21.09.1990 seinen Rehabilitierungsfall.⁷⁶ Im Frühjahr 1991 wurde ihm von der Kirchenamtsratsstelle Chemnitz ein angehender Kirchenjurist für ein dreimonatiges Praktikum zugewiesen.⁷⁷ Zu Beginn des neuen Jahres 1992 geriet Meyer in die Schlagzeilen der Tagespresse⁷⁸ und das Sächsische Justizministerium widerrief seine Anwaltszulassung. Stephan Thorandt hingegen ist nach 1989/90 nie in die Schlagzeilen geraten.

Somit ergab sich der Befund, dass die Hälfte der Teilnehmer des streng konspirativen Treffens vom 22.07.1989 zur Vorbereitung einer Parteigründung Stasi-Spitzel waren. Zwar wussten Stephan Thorandt und Jürgen Meyer nichts voneinander und berichteten in den vorangegangenen Jahren auch fleißig übereinander,⁷⁹ doch engagierten sich beide auffallend enthusiastisch für die angepeilte Parteigründung. Mehr noch: Nach 1990 wird sich Hansjörg Weigel erinnern, dass es

⁷² Ebd., S. 275.

⁷³ Meyer läuft stets an zwei Stöcken und ist auf die Hilfe seiner Ehefrau angewiesen. Seine eigene massive Körperbehinderung hindert ihn freilich nicht, in einem Spitzelbericht, der im OV „Physik“ überliefert ist, eine andere Person als „Contergan-Kind“ abzuqualifizieren. Hier manifestiert sich ein fremdprojizierter Selbsthass, der u. U. Rückschlüsse auf die Motivationslage des IM zulässt.

⁷⁴ Erklärung zur Vorlage beim OLG Dresden vom 20.11.1997.

⁷⁵ Amtsblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens Nr. 5/6 vom 28.03.1991, S. A 27. Allerdings erfolgte die Konstituierung der 23. Landessynode ebenso in seiner Abwesenheit wie die hier erwähnte Wahl.

⁷⁶ Der Fall wird am Amtsgericht Chemnitz bearbeitet unter Reg.-Nr. 0715-I-9010.

⁷⁷ RÜDIGER KNECHTEL, Einträglicher Zweitberuf: Spitzel, in: Freie Presse vom 14.02.1992.

⁷⁸ Vgl. dazu Freie Presse vom 05.02.1992, 08./09.02.1992 und 14.02.1992.

⁷⁹ SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 276.

eigentlich genau diese beiden Herren waren, die ihn seit 1988 in exakt diese Richtung gedrängt hatten!⁸⁰ Wenn diese Überlieferung zutreffend ist, dann hat sich Weigel stillschweigend bereits seit 1988 regelmäßig samstags in Königswalde mit Stephan Thorandt und Jürgen Meyer getroffen, die schon damals für die Gründung einer Oppositionspartei plädierten. Weigel: „Ich wäre bis heute nicht so vermessen zu behaupten, die Idee zur Parteigründung sei von mir gekommen. Das kann auch von den beiden beteiligten IM gekommen sein. Für mich hatte sich diese Idee einfach aus dem gemeinsamen Gespräch heraus entwickelt. Ich weiß nicht, was das MfS da vorhatte.“⁸¹ RA Jürgen Meyer behauptet heute, die Idee zur konspirativen Parteigründung sei ganz allein sein „Baby“ gewesen.⁸²

Johannes Gerlach wurde von Stephan Thorandt und Jürgen Meyer wohl erst auf der gemeinsamen Autofahrt nach Dresden zu Bretschneider vom 10.05.1989 in diese Vorstellungen einbezogen. Auch Hansjörg Weigel selbst hatte – wie ausgeführt – mit diesem Gedanken offenbar erst an diesem 10.05.1989 ernst gemacht. Und es war nicht zufällig gerade Stephan Thorandt, der Johannes Gerlach zwölf Tage später, am 22.05.1989 (am Rande einer Besprechung des „Friedenskerns“ Karl-Marx-Stadt), für den 22.07.1989 zu Weigels einlud.⁸³ Gerlach hatte auch selbst noch deutlich in Erinnerung, von Thorandt eingeladen worden zu sein.⁸⁴

In Stephan Thorandts Spitzelberichten über Jürgen Meyer „ist immer wieder die Rede davon, dass ‚Conradt‘ über die Gründung einer Partei nachdenkt bzw. nach Möglichkeiten sucht, den alleinigen Machtanspruch der SED zu unterwandern“. Derartige Gedanken äußerte Meyer spätestens seit Januar 1985 und ganz dezidiert wieder im Sommer 1987.⁸⁵

Es bleibt also die Frage, warum die beiden Spitzel, die nichts voneinander wussten, so intensiv auf die Gründung einer Oppositionspartei drängten. Schreck schreibt im Hinblick auf die Motivationslage: „Unklar ist, welches Ziel ‚Conradt‘ mit diesen Äußerungen verfolgte“. Sie glaubt: „Einen Auftrag des MfS dazu hatte er jedenfalls nicht“.⁸⁶ So kommt sie zum Fazit: „Als ein besonders treu ergebener Diener des MfS wollte er [RA Jürgen Meyer – d.Vf.] die ‚Feinde‘ provozieren und so weit wie möglich in ihre innersten Gedanken vordringen. Nur indem er selber

⁸⁰ In einem von Weigel eigenhändig korrigierten und abgezeichneten Gesprächsprotokoll des Verf. vom 13.01.1992 heißt es, genau diese beiden Herren seien 1988 mit der Idee auf ihn zugekommen (sic!), in der DDR eine neue Partei zu gründen. Später sei zu diesem Kreis dann noch Johannes Gerlach hinzugekommen. Weigel: Wir haben uns immer nur in diesem kleinen Kreis samstags bei mir in Königswalde getroffen; kein anderer wusste davon.

⁸¹ Von Weigel abgezeichnetes Gesprächsprotokoll vom 18.04.2006.

⁸² So der Grundtenor eines Buches, an dem er derzeit arbeitet.

⁸³ Information des IMB „Jürgen Große“ vom 15.06.1989 über ein Treffen des „Friedenskerns“ Kmst. am 22.05.1989; aus: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Physik“; hier zitiert nach: Privatfundus Johannes Gerlach.

⁸⁴ Gedächtnisprotokoll von Johannes Gerlach zum Treffen vom 22.07.1989, ausgearbeitet und abgezeichnet am 24.10.2007.

⁸⁵ SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 276.

⁸⁶ Ebd.

solche Gedankenspiele äußerte, konnte er die anderen Gruppenmitglieder dazu verleiten, ihn zu unterstützen“.⁸⁷

Diese Überlegung – so schlüssig sie zunächst auch wirken mag – geht jedoch stillschweigend von mindestens zwei Prämissen aus, die es zu hinterfragen gilt. Die erste Annahme lautet, dass das MfS tatsächlich alle Befehle schriftlich erteilt hat. Die zweite Annahme besteht darin, das MfS als fest gefügte, monolithische Einheit zu betrachten. Davon konnte aber zum hiesigen Betrachtungszeitpunkt, also 1988/89, überhaupt keine Rede mehr sein. Ganz unabhängig von der Frage nach einer möglichen Spaltung in „Reformer“ und „Hardliner“ gerieten im institutionellen Gefüge des MfS die unterschiedlichen Ebenen aneinander. Mittlerweile gab es zumindest ein ganz ausgeprägtes Misstrauen zwischen der MfS-Zentrale in Ostberlin und den Bezirksverwaltungen, die nunmehr glaubten, Berlin spiele hinter ihrem Rücken ein doppeltes Spiel. Auch früher hatte die BV Karl-Marx-Stadt längst nicht alles von der Berliner Zentrale erfahren. Die westsächsische Bezirksverwaltung war von Berlin z. B. nie offiziell darüber informiert worden, dass der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur aus Binz, über den sich die hiesigen Geheimdienstoffiziere so ärgerten, ebenfalls ein Spitzel (IM „Dr. Ralf Schirmer“ bzw. IM „Torsten“⁸⁸) war. Schnur soll einer der ganz wenigen Exponenten gewesen sein, um den aus Gründen der „Legendierung“ ein so genannter Schutz-OV,⁸⁹ nämlich der OV „Heuchler“, angelegt wurde.⁹⁰

Ein weiterer – freilich ganz banaler – Erklärungsansatz wäre der, dass es durchaus IM gegeben haben mag, die sich in ihrer Haut unwohl fühlten und für die der politische Umbruch vom Herbst 1989 tatsächlich auch eine ganz persönliche Befreiung aus einer misslichen Zwangslage war. Davon ist hier allerdings wohl nicht auszugehen.

„Meinen Aufzeichnungen nach“, schreibt Johannes Gerlach, „haben wir zuerst über die Vor- und Nachteile des Bürgerlich Demokratischen Pluralismus diskutiert. Neben den persönlichen und ökonomischen Freiheiten, die wir alle nur aus dem DLF [Deutschlandfunk – d. Vf.] und dem Westfernsehen kannten (allerdings wesentlich angereichert durch die Lektüre kritischer Bücher über die westliche Staatsform sowie jahrelange Diskussionen mit Friedensgruppen aus dem Westen – bei mir aus Holland) notierte ich mir in meiner Mitschrift folgende Mängel:

⁸⁷ Ebd., S. 277.

⁸⁸ Der IM „Torsten“ des MfS Berlin (RA Wolfgang Schnur) ist nicht zu verwechseln mit dem IM „Torsten“ der BV Kmst., dem Eiskunstläufer Ingo Steuer.

⁸⁹ „Operativer Vorgang“. Im hier betrachteten Kontext ist ein OV die höher qualifizierte Form der „Bearbeitung“ einer „feindlich-negativen“ Person, der PID und PUT unterstellt wird, was es gerichtsverwertbar nachzuweisen gilt. Sobald dies geschehen ist, kann der (konspirativ geführte) OV in ein ganz offizielles EV (Ermittlungsverfahren) überführt und der Betreffende abgeurteilt werden.

⁹⁰ Schnur wurde, parallel zu seiner langjährigen IM-Tätigkeit, vom MfS zeitweise in einem OV bearbeitet, weil der Auftraggeber immer wieder erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit dieses IM hatte; vgl. dazu: KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), hier insbes. S. 319.

- Rüstungsindustrie
- Die vom System ermöglichten wechselnden Machtverhältnisse werden in der Medienpolitik nicht sichtbar.
- Es gibt keine 5 %-Klausel auf Kommunalebene.

Weshalb wir Letzteres als Mangel ansahen, weiß ich heute nicht mehr!⁹¹

Johannes Gerlach ging bei dem Treffen in Weigels Gartengrundstück davon aus, dass es in der DDR zwar ein Vereinsgesetz, aber kein Parteiengesetz gab. Er – und auch Weigel – wollte auf legaler Grundlage bleiben und daher zunächst einen Verein gründen. Aus dem hätte dann später eine Partei entstehen können.⁹² Gerlach sah sich damit im Gegensatz etwa zu Markus Meckel, der zu der Zeit die Machthaber schon „frontal angreifen“ und gleich eine Partei gründen wollte.

„Bei der Diskussion über die Frage ‚Partei Gründung, ja oder nein?‘ haben wir zuerst über die Art und Weise eines völlig neuen Staates diskutiert, dabei haben wir uns darüber unterhalten, welche Rolle die Westmächte noch auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens spielen und wie das mit der Umgestaltung in der DDR zusammenpassen könnte. An eine Abschaffung der DDR habe ich damals nicht geglaubt, weil da einfach noch zu viele russische Panzer und Soldaten im Lande waren. Wir haben aber uns Gedanken gemacht über eine freiheitlich-sozialistische Demokratie. Darunter verstanden wir den Wegfall der führenden Rolle der SED, mit einem Mehrparteiensystem und wir wollten die Verfassungsrechtlichkeit der Gründung einer Vereinigung/einer Partei in diesem neuen Staatsgebilde verankert sehen“.⁹³

Er sei damals in ein DDR-weites Verteilernetz von Informationen integriert gewesen, was aber dezentral organisiert war, um dem MfS keine Gelegenheit für einen Enthauptungsschlag zu geben. Über dieses Informationsnetz sei er auch schon frühzeitig über Pläne zur Gründung einer SDP informiert gewesen. Einerseits sagte er, er habe an jenem 22.07.1989 möglicherweise schon von den Plänen für eine SDP-Gründung gewusst.⁹⁴ Andererseits schreibt er: „Die Gründungsbemühungen der SDP und des Neuen Forums wurden mir erst danach bekannt“.⁹⁵ In Abwägung beider Varianten ein und desselben Zeitzeugen scheint

⁹¹ Gedächtnisprotokoll von Johannes Gerlach zum Treffen vom 22.07.1989, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

⁹² „Da wir wussten, dass es in der DDR kein Parteien-, sondern nur ein Vereinsgesetz gab, hielt ich zum damaligen Zeitpunkt eine Parteiengründung für nicht machbar. Ich wollte während der gesamten Friedensarbeitszeit (1980–1990) in der DDR immer mit legalen Mitteln arbeiten.“; aus: Gedächtnisprotokoll Johannes Gerlach zum 22.07.1989, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

⁹³ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

⁹⁴ Dies ist sehr wahrscheinlich, denn Gerlachs Treffen mit Weigel in Königswalde fand am 22.07.1989 statt. Nur zwei Tage später werden Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Ibrahim Böhme offen für eine Initiativgruppe zur SPD-Gründung werben; aus: WEBER, DDR (wie Anm. 1), S. 104.

⁹⁵ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

mehr dafür zu sprechen, dass er am 22.07.1989 zumindest in groben Zügen und dem Vernehmen nach⁹⁶ von den SDP-Gründungsplänen gehört hatte, doch gelang es ihm über einen längeren Zeitraum nicht, an den SDP-Gründungsauf Ruf zu gelangen. Den erhielt er erst im August 1989 von Ibrahim Böhme.

Die beiden Spitzel Thorandt und Meyer wussten zwar nichts voneinander und berichteten anschließend unabhängig voneinander über das Treffen vom 22.07.1989. So achtete das MfS unter anderem darauf, ob nicht etwa ein IM absichtlich Dinge verschwieg. Dann wurden die aus den einzelnen Spitzelberichten herausgefilterten Sachverhalte zusammengefasst, verdichtet und objektiviert zu so genannten „Informationen“ bzw. „Partei-Informationen“ (PI), die dann – je nach Verteiler – von der MfS-Bezirksspitze an die SED-Bezirksspitze und andere gingen. Nun liegt hierzu eine „Information“ vom 27.07.1989 vor, die vom Leiter der Abt. XX in der BV Karl-Marx-Stadt, Oberstleutnant Peter Eichler, verantwortet wird.

Peter Eichler wurde im April 1941 in Chursdorf geboren und hat ab 1947 die Schule besucht, die er 1959 mit dem Abitur abschloss. Seinen Wehrdienst bei der NVA beendete er 1962 und fing im selben Jahr zunächst als operativer Mitarbeiter der KD Karl-Marx-Stadt/Stadt der BV Karl-Marx-Stadt an. Seit 1963 war er Parteimitglied. Von 1965 bis 1971 absolvierte er ein Fernstudium an der Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche. Schon seine dortige Abschlussarbeit beschäftigte sich mit Fragen der politisch-ideologischen Diversion (PID). Von 1984 an bis zur Auflösung war er der Leiter der Abteilung XX in der BV Karl-Marx-Stadt, die zuständig zeichnete für die Bereiche Staatsapparat, Kirchen, Kultur und Untergrund. Für seine Arbeit wurde er 1985 zum Oberstleutnant (OSL) befördert und 1987 mit dem Kampforden „Für Verdienste um Volk und Vaterland“ in Silber ausgezeichnet.⁹⁷ Für Eichler war auch rückblickend die gesamte Arbeit des MfS durchgängig legitimiert durch Programm und Statut der SED. Der Parteisoldat Eichler ist ein beredtes Beispiel dafür, dass das MfS immer genau das war, was es selbst stets behauptet hat, nämlich „Schild und Schwert der Partei“. Sofern man sich auch als Organ des Staatsapparates verstand, geschah dies erst in Ableitung aus diesem grundsätzlichen Verständnis heraus.

Auf Eichler also geht jene „Information“ vom 27.07.1989 zurück, die Rückschlüsse zulässt über die Zukunftsvorstellungen und die anvisierte politische Programmatik der Akteure vom 22.07.1989 in Weigels Garten. Sie „stellten fest, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht in Frage käme, da dadurch das Kräfteverhältnis in Europa zu stark verändert werden könne. Es ginge darum, die DDR zu einem attraktiven Land zu gestalten, damit nicht immer mehr Bürger das Land verließen. [...] Bezüglich der Staatsform des zu bildenden neuen Staates führte Weigel aus, dass er sich eine freiheitliche sozialistische Demokratie vorstellen

⁹⁶ Soviel dürfte er über das illegale, dezentral organisierte Informationsnetz gewusst haben, in dem er nur seine eigene, unmittelbare Ansprechpartnerin kannte, nämlich „Brigitte“ in Leipzig.

⁹⁷ Aus: BStU-ASt. Chemnitz, BV Kmst., KS 1134.

könne“.⁹⁸ Jeder der vier Teilnehmer skizzierte zunächst seinen derzeitigen Vorstellungshorizont. Nun konnte man diese Gedanken miteinander abgleichen und diskutieren. In dieser Diskussion wurde zu folgenden Zielen Übereinstimmung erzielt: Einführung eines Mehrparteiensystems, Reprivatisierung in der Volkswirtschaft (betr. Betriebe bis eintausend Beschäftigte), Gewaltenteilung als Machtkontrollmechanismus. Weigel wollte zudem basisdemokratische Elemente wie etwa Volksentscheide verankert wissen.

Dazu wieder Gerlach: „meinen Aufzeichnungen nach diskutierten wir über die Staatsform, die Sozialform und über das Bildungswesen, wobei ich im Laufe der Diskussion beauftragt wurde über ein neues Bildungswesen bei einem nächsten Treffen nachzudenken.

Zur Staatsform notierte ich:

- demokratisches Mehrparteiensystem
- Gewaltenteilung
- Kontrollmechanismen im Staat (unabhängige)
- Aufgaben und Rechte des Staates genau definieren

Zur Sozialform notierte ich mir:

- Grundlage müssen die Menschenrechte sein
- es geht um das Miteinander der Menschen
- es müssen freie Parteien und freie Gewerkschaften existieren
- es muss ein Recht für Randgruppen geben
- die Beziehungen zwischen Staat und Bürger müssen genau geregelt sein

Zum Bildungswesen notierte ich mir:

- Entideologisierung
- Friedens- und Umwelterziehung
- Gleichberechtigung aller Schüler

Zur Verteidigungspolitik eines solchen neuen Staates notierte ich:

- gute Bündnispolitik
- gewaltfreie soziale Verteidigung (wie diese aussehen soll, dazu hatten wir damals noch keine konkreten Vorstellungen).

Zur Ökonomie haben wir uns über die globalen und die ökologischen Grundlagen ausgetauscht, wobei uns bedingt durch die mehrjährige Arbeit in den Friedens- und 2/3-Weltgruppen, die globale Gerechtigkeit immer ein besonderes Anliegen war. Aus unserer Sicht ging es auch um neue Eigentumsformen, um die Machtkontrolle auch im ökonomischen Sektor. Es ging um eine völlig neue Energiepolitik (Hintergrund unserer Überlegungen war die nahezu komplette Ausrichtung der DDR auf die Braunkohle als Energieform) und wir diskutierten über ein neues Lohn- und Preissystem. Allerdings auch ohne schon exakte Vorstellungen davon zu haben.

⁹⁸ Aus: „Information“ von Abt.-Ltr. OSL Peter Eichler vom 27.07.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 443-447.

Was die Frage einer neuen Justiz betraf, so waren wir der Meinung, dass es wichtig ist, dass es hier zu einer Gewaltentrennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative kommen muss und wir waren uns darüber im Klaren, dass der Strafvollzug entideologisiert werden müsse, das heißt auch Straftaten müssten neu und eindeutig (unpolitisch!) definiert werden. Und ein wichtiger Punkt war uns eine neue Form der Gesetzgebung.“⁹⁹

Der zu bildende Zusammenschluss sollte eventuell zunächst im Rahmen einer der Blockparteien agieren.¹⁰⁰ Hier konnte man wohl RA Jürgen Meyer aus der Konsensmasse heraushören. Meyer hatte sich schon in einem Gespräch mit Stephan Thorandt vom 21.01.1985 genau in diesem Sinne geäußert: „Wenn man hier in diesem Land an der Machtfrage etwas ändern will, dann gibt es dazu nur zwei Wege. Entweder man bildet eine separate Organisation, was er jedoch nicht für günstig hält oder man betreibt eine zielgerichtete Unterwanderung der Blockparteien. [...] Die zweite Variante sieht er als die wahrscheinliche“.¹⁰¹

Mit der offiziellen Beantragung der formellen Zulassung sollte bis nach dem XII. Parteitag der SED gewartet werden. Erste Strukturen sollten in den Kreisen Hohenstein-Ernstthal und Karl-Marx-Stadt/Land aufgebaut werden, da man hier auf die zunächst stillschweigende Duldung durch vergleichsweise tolerante staatliche Behörden hoffte.¹⁰² Hier war Johannes Gerlach aus dem Stimmenquartett herauszuhören. Dies war der Raum, in dem er sich besonders gut auskannte.¹⁰³ Aber Gerlach wollte weder bei einer Blockpartei unterschlüpfen noch eine neue Partei, sondern als „(vorläufigen) 1. Schritt“¹⁰⁴ eine Vereinsgründung: „Bei der Diskussion über die eigentliche Frage, ob es sinnvoll sei eine Partei zu gründen, habe ich mich damals ganz klar gegen eine Partei ausgesprochen, weil ich der Meinung war, dass ohne eine legale Grundlage (in der DDR gab es kein Parteiengesetz) wir auch kaum eine Chance haben würden in legaler Weise eine Opposition zu gründen. Mir war wichtig, dass die Gründung eines solchen Vereins ganz klar das Ziel haben sollte eine legale Opposition zu schaffen. Und zwar aus dem Inneren der DDR heraus und nicht von außen“.¹⁰⁵

⁹⁹ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

¹⁰⁰ Aus: „Information“ von Abt.-Ltr. OSL Peter Eichler vom 27.07.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 443-447.

¹⁰¹ Bericht des IM „Jürgen Große“ vom 23.01.1985, in: BStU-ASt. Chemnitz, Reg.-Nr. XIV 1563/81, Bd. I/I, S. 158, hier S. 157; hier zitiert nach: SCHRECK, Gesellschaftskritische Gruppen (wie Anm. 39), S. 276.

¹⁰² Aus: „Information“ von Abt.-Ltr. OSL Peter Eichler vom 27.07.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 443-447.

¹⁰³ Johannes Gerlach wird 1992–1999 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Limbach-Oberfrohna und des SPD-Kreisverbandes Chemnitz-Land sein; aus: Volkshandbuch Sächsischer Landtag, 4. Wahlperiode (wie Anm. 47), S. 46.

¹⁰⁴ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

¹⁰⁵ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

Die nächste gemeinsame Beratung – unter Einbeziehung von zwei weiteren Vertrauenspersonen – wurde jedoch erst für den 28.10.1989 in Königswalde vereinbart.¹⁰⁶ „Wir haben dann verschiedene Varianten diskutiert, wie so etwas aussehen könnte, welche Leute wir ansprechen sollten und wollten“.¹⁰⁷ Im Oktober 1989 sollten (nach Hansjörg Weigels Erinnerung) Dr. Martin Böttger aus Cainsdorf und Matthias Müller aus Dresden¹⁰⁸ eingeweiht werden. Einerseits wäre Böttger im Juli 1989 tatsächlich noch zu vergeben gewesen; eine feste Bindung ging er ja erst ein mit dem ersten Treffen zum „Neuen Forum“ vom 09.09.1989 in Berlin-Grünheide. Andererseits war er am 22.07.1989 (und eigentlich den ganzen Monat Juli über) mit seinem Umzug von Ostberlin nach Cainsdorf beschäftigt, wo er sich formal erst am 03.08.1989 anmeldete.¹⁰⁹

Nach Johannes Gerlachs Erinnerung hingegen waren es Heiko Lietz aus Güstrow und Harald Bretschneider aus Dresden, die zum zweiten Treffen im Oktober 1989 hinzukommen sollten. Weigel und Gerlach sind sich aber darin einig, dass alle vier Namen durchaus möglich gewesen wären¹¹⁰ und betonen, wie viel doch in diesen Wochen von teils ganz banalen Zufällen abhing.

Den Bürgerrechtlern ging wohl spätestens bei diesem Treffen vom 22.07.1989 auf, dass nunmehr allein die Konzentration auf Menschenrechtsfragen und die Postulate der Ökumenischen Versammlung – Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung – für eine detaillierte politische Programmatik nicht ausreichten. Daher sollte jeder der Beteiligten bis zum nächsten Treffen zu speziellen Sachgebieten weiter arbeiten, „um bei einem nächsten Treffen im Oktober kultiviert und zielgerichtet über eine Satzung oder Zielrichtung eines solchen Vereins zu diskutieren“.¹¹¹ Weigel war zuständig für Verteidigungspolitik, Kulturpolitik und Medienpolitik; Thorandt sollte arbeiten zur Ökonomie; Gerlach zu Bildungswesen und Wahlgesetzgebung; RA Meyer zur Organisation des Staates und der Justiz.¹¹² Johannes Gerlach erinnert sich, dass Thorandt und Meyer in der Folgezeit am wenigsten zu ihren Themen gemacht hätten – wozu auch; sie hatten mit Abgabe ihrer IM-Berichte ihre eigentliche Aufgabe erfüllt. Gerlach ärgerte sich deshalb über diese Nachlässigkeit, weil er selbst zunächst durchaus zu den ihm zugedachten Themenfeldern arbeitete: „Da ich mich u. a. für die Hausaufgabe Bil-

¹⁰⁶ Aus: „Information“ von Abt.-Ltr. OSL Peter Eichler vom 27.07.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 443-447; vgl. dazu auch die „Information“ von OSL Eichler vom 14.09.1989, in: ebd., S. 456 f.

¹⁰⁷ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

¹⁰⁸ Stephan Thorandt kannte Matthias Müller entweder vom gemeinsamen Studium in Dresden oder zumindest aus der Dresdner ESG.

¹⁰⁹ „Ehrlich und gewissenhaft“ (wie Anm. 1), S. 15.

¹¹⁰ Trotzdem wollte Weigel seinen Freund Bretschneider hier aber nicht, weil das Dach der Amtskirche ja gerade verlassen werden sollte.

¹¹¹ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

¹¹² Aus: „Information“ von Abt.-Ltr. OSL Eichler vom 27.07.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 446 f.

dungswesen zuständig fühlte, der Vollständigkeit halber hier die Aufzeichnungen, wie ich mir ein Bildungswesen damals vorstellte, die ich eine Woche später gemacht habe:

Staatsbürgerkunde:

- über Gesetze der DDR berichten (Rechte und Pflichten)
- keine Vorzugsrichtung des Bildungszieles
- keinen direkten oder indirekten Zwang zu Pionieren (keine hauptamtlichen Pionierleiter und FDJ-Sekretäre)
- die gesamten gesellschaftlichen Organisationen sollen dezentral und komplett außerschulisch funktionieren

Freiheit der Lehrer:

- soll frei vom Klassenstandpunkt sein
- darf eigene Meinung sagen, ohne diese dem Schüler aufzudrücken, das heißt rein fachliche Fächer müssen obligatorisch sein, alle anderen fakultativ (als Pflichtauswahl)
- pluralistische Herangehensweise an die Pädagogik
- der Lehrer muss zur Vertrauensperson werden (Schüler müssen ohne Nachteile alles fragen dürfen)

Russisch als Pflichtfach muss weg, dafür soll entweder Englisch Pflicht oder die Auswahl einer Anderen möglich sein.

Die Armeewerbung muss raus aus der Schule.

Kriterien für die Berufs- und Studienbewerbung müssen klar definiert und entideologisiert sein¹¹³

Was am 22.07.1989 an politischer Programmatik besprochen und was von Weigel und Gerlach in den nächsten Wochen dazu gedacht wurde, könnte nun noch einmal separat zusammengefasst, aufgelistet und systematisch geordnet werden. Ungeachtet möglicher gradueller Unterschiede: In der Summe wird es sich nicht wesentlich unterscheiden von dem, was alle anderen im Spätsommer und Frühherbst 1989 entstehenden Zusammenschlüsse ebenfalls wollten.

Zunächst einmal ging es um den formalen Schritt aus der Amtskirche. Darin war man sich offenbar einig und deshalb kam es für Weigel auch gar nicht in Frage, zum nächsten Treffen mit Harald Bretschneider den sächsischen Landesjugendpfarrer einzubeziehen. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die ihr gemeinsamer Freund Martin Böttger im Mai 1985 mitgegründet hatte, war diesen Schritt ja bereits von Anfang an gegangen.¹¹⁴

In allererster Linie ging es wohl um die Erzwingung von Rechtsstaatlichkeit – mit allem, was sich daraus logisch ableitete. Die erwähnte teilweise Reprivatisierung der Volkswirtschaft (kleine Betriebe bis zu einer auszuhandelnden per-

¹¹³ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

¹¹⁴ Wer war wer in der DDR (wie Anm. 24), S. 99. Für Böttger war es aber ganz wichtig, gerade in seiner Eigenschaft als politisch agierender Christ aus dem bislang schützenden Dach der Amtskirche nunmehr hervorzutreten und künftig darauf zu verzichten.

sonellen Obergrenze) zielte ab auf die ganz dringend gebotene Steigerung der Effektivität und lief konkret hinaus auf die Aufhebung von Honeckers Verstaatlichungswelle anfangs der 1970er-Jahre, mit der auch die so genannten halbstaatlichen Betriebe (also Unternehmen mit lediglich staatlicher Beteiligung) gänzlich verschwanden.¹¹⁵

So elementar diese Dinge sind, so banal erscheinen sie aber rückblickend. Stattdessen seien aus dem Gedankengut drei andere Punkte herausgegriffen:

Die Akteure sahen sich dem Motto der Ökumenischen Versammlung verpflichtet, nämlich „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“. Hat man hier die Freiheit als hohes Gut und Wert an sich nicht erkannt, nicht mit aufnehmen wollen oder erschien das unter den repressiven äußeren Umständen unmöglich?

Die Bürgerrechtler wollten dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung dienen und verstanden sich ganz selbstverständlich – auch oder gerade deshalb – als links. Wer heute für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung plädiert, der ist allein deshalb noch lange nicht einem der beiden großen politischen Lager zuzuordnen. Deutschlands konservatives Parteienspektrum wäre heute hochgradig empört, würde man ihnen diese Zielstellungen absprechen wollen. Umweltschutz etwa wirkte progressiv, war aber schon per definitionem eine gänzlich konservative Angelegenheit. Nun war dieser gedankliche Kurzschluss „Frieden/Gerechtigkeit/Umweltschutz = links“ 1989 ein längst etabliertes politisches Phänomen und nicht etwa den Königswalder Programmatischen anzulasten. Der politische Protestantismus der jungen Bundesrepublik hatte mit der zunächst ganz überwiegend katholischen Prägung des Landes so seine Schwierigkeiten, was so wunderschön ablesbar wurde an der personalen Konfliktkonstellation ihrer Repräsentanten Konrad Adenauer versus Gustav Walter Heinemann. Die Idee der CDU-Gründung war es ja, vor dem Hintergrund der leidvollen Erfahrungen der Weimarer Republik und speziell des Zentrums nun gerade und ganz ausdrücklich eine gemeinsame, überkonfessionelle Volkspartei schaffen zu wollen. Dennoch driftete der politische Protestantismus der jungen Bundesrepublik immer deutlicher hin zur SPD. Dieser Schulterchluss ist spätestens vollzogen, als es beiden um „Wandel durch Annäherung“ (so Egon Bahr 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing) geht. Weigel und Gerlach reflektierten mit ihrer Positionierung in dieser Hinsicht also einfach nur den seinerzeitigen Zeitgeist.

¹¹⁵ Vgl. dazu: MONIKA KAISER, 1972 – Knockout für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe, Berlin 1991; FRANK EBBINGHAUS, Erzwungene Freiwilligkeit. Die Zerschlagung des Mittelstandes in der DDR Anfang der siebziger Jahre, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 48 vom 26.02.1997, S. 11; MATTHIAS JUDT, Wer die Liquidierung der halbstaatlichen DDR-Betriebe wollte, in: ebd., Nr. 55 vom 06.03.1997, S. 11; HEINZ HOFFMANN, Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956–1972, Stuttgart 1999; MICHAEL MEISSNER, „Auf ein Ehrenwort, Genossen!“. Zu den Hintergründen der Verstaatlichungskampagne 1972 in der DDR, in: Deutschland-Archiv, 40. Jg., H. 3, Mai/Juni 2007, S. 456–464.

Schließlich und endlich erschien den Bürgerrechtlern – nicht nur den Königswaldern, sie hier aber exemplarisch – jeglicher Gedanke an eine deutsche Wiedervereinigung als völlig absurd. Und dies eben nicht nur, wie Gerlach schreibt, „weil da einfach noch zu viele russische Panzer und Soldaten im Lande waren“,¹¹⁶ sondern weil sie fest überzeugt waren, dass die grundlegenden Strukturen und Antriebskräfte des Kapitalismus (maximiertes Profitstreben durch optimale Ausbeutung anderer) ursächlich verantwortlich waren für die Unterentwicklung der damals noch so genannten 3. Welt, für Krieg und Umweltzerstörung. Deshalb wäre für sie ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG undenkbar (wie ihn die Volkskammer ein Jahr später, am 23.08.1990, beschließen wird); deshalb auch balancierten ihre sämtlichen Reformvorstellungen zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie. Genau genommen zielten ihre Planungen also ab auf eine Wiederaufnahme der Idee eines Dritten Weges, die am 21.08.1968 in Prag unter sowjetischen Panzerketten zermalmt worden war.

Doch bleiben wir vorerst noch beim Gedanken einer deutschen Wiedervereinigung. Sechs Jahre zuvor hatte RA Wolfgang Schnur zum Königswalder Herbst-Friedensseminar einen amerikanischen Diplomaten aus der Ostberliner US-Botschaft mitgebracht. An jenem Abend des 22.10.1983 saß man dann spätabends oder nachts wieder in kleinster Runde in Weigels Wohnung zusammen und diskutierte. Hansjörg Weigel hatte sich schon 1982 mit Mitgliedern seines Friedensseminar-Vorbereitungskreises gestritten, die für sich die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung für alle Zeiten kategorisch ausschlossen – weil sie es sich nicht anders vorstellen konnten. Weigel bot einer solchen Sichtweise um 1982/83 ganz dezidiert Paroli und vertrat diese Auffassung auch gegenüber dem Diplomaten Walter Andrusyszyn aus Washington. Im Oktober 1983 war es der Mann aus dem Foreign Office, der den Gedanken einer deutschen Wiedervereinigung für absurd hielt und seinem Gastgeber bescheinigte, ein politischer Romantiker – und insofern eben ein typischer Deutscher – zu sein.¹¹⁷ Sechs Jahre später hatte ein Rollentausch stattgefunden: Nun war es Hansjörg Weigel, der nicht mehr an eine deutsche Wiedervereinigung glauben konnte. Walter Andrusyszyn hingegen trat 1990 als Mitglied der amerikanischen Delegation zu den „Zwei-plus-vier-Verhandlungen“ für kurze Zeit ins Licht der Öffentlichkeit.¹¹⁸

Hansjörg Weigel wird rückblickend sagen: „Ich wollte die DDR nie abschaffen“. Was ihm vorschwebte „als Ziel: die emanzipierte Gesellschaft – und sei es im Jenseits, im Transzendenten [...] das klingt wie Bloch, von dem es in der DDR nur einziges Buch bei Reclam gab – oder wie Dubček – oder wie Allende – oder wie in der Bibel“.¹¹⁹

¹¹⁶ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

¹¹⁷ KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 315–321, 419.

¹¹⁸ Ebd., S. 320.

¹¹⁹ So Hansjörg Weigel am 14.12.2004 während seines Vortrages in Jesses Ringvorlesung „1989/90–2004/05: Friedliche Revolution in Sachsen – fünfzehn Jahre danach“ an der TU Chemnitz.

Hier sei eine Anmerkung zum Ort des Geschehens gestattet: Wie konnten sich die Bürgerrechtler an diesem heißen Samstag eigentlich in Weigels Garten als Versammlungsort sicher fühlen? Fühlten sie sich dort überhaupt sicher? Keiner war so naiv zu glauben, das MfS wüsste nichts von diesem etwas abseits gelegenen Grundstück; die Hoffnung gründete sich einzig auf die Wahrung absoluter Konspiration durch alle vier Beteiligten. Das MfS seinerseits hatte – allein schon mit Blick auf die Planungen für den Fall des Eintritts der so genannten „Spannungsperiode“ – seit jeher alle möglichen Rückzugswinkel und Verstecke ihrer Feinde „unter operativer Kontrolle“. Wäre es da, immanent gedacht, nicht sinnvoll gewesen, diese Gartenlaube schon lange im Vorfeld zu „verwanzen“? Tatsächlich soll es einen Versuch gegeben haben, dort konspirativ einzudringen, doch sei man eben am Türschloss gescheitert und vermutete darin eine ganz raffinierte Schließtechnik aus dem westlichen Ausland, womöglich gar von einem westlichen Nachrichtendienst.¹²⁰ Weigel: Bemühungen, dort aufzuschließen, mussten vergeblich sein – denn dort war nie zugeschlossen; man brauchte nur die klemmende Tür etwas anzuheben. Warum auch sollte das MfS das Risiko eingehen, dort konspirativ einzudringen, um Abhörtechnik zu installieren, wenn die eigenen IM zu den intimsten Freunden gehören, die dort ganz ungehindert verkehren und auch ein sehr aufmerksamer Nachbar zu Mielkes „guten Menschen“ zählt? Zu Gerlachs Erinnerungen gehört jedoch eine Sequenz, in der er noch deutlich sieht, wie sie dort zu viert über eine große Wiese liefen. In der freien Natur glaubte man sich abhörsicher.

Irgendwann nach dem Treffen vom 22.07.1989 in Weigels Garten ist die gemeinsame Idee erstorben. Wie kam es dazu?

Wieder ist zunächst darauf zu verweisen, wie situativ – oder zufällig – damals viele Entwicklungen waren. Johannes Gerlach war in Weigels Parteigründungs-Projekt involviert und arbeitete zunächst auch tatsächlich dafür. Wenige Tage oder Wochen später, im August 1989, erhielt er – wie ausgeführt – von Ibrahim Böhme den Aufruf zur SDP-Gründung und wird zwei Monate später, im Oktober 1989, der SDP beitreten. Er denkt an den 22.07.1989 zurück: „Natürlich hat uns hier die Entwicklung der Zeit weit überholt und andere sind mit ihren Vorschlägen an unseren vorbeigezogen“.¹²¹ Am 09.09.1989 wurde das „Neue Forum“ in Grünheide gegründet. Johannes Gerlach trat bereits am 20.09.1989 bei und war im selben Monat Mitbegründer des „Neuen Forums“ für den Bezirk Karl-Marx-Stadt¹²² sowie hiesiger Ansprechpartner. Weil er aber keinen Telefonanschluss hatte, übernahm das sehr schnell Ingo Andratschke, der sich seinerseits erinnert: „Unser

¹²⁰ Von Weigel abgezeichnetes Gesprächsprotokoll des Verf. vom 12.05.2001.

¹²¹ Gedächtnisprotokoll zum Treffen vom 22.07.1989 von Johannes Gerlach, ausgefertigt und abgezeichnet am 24.10.2007.

¹²² Gerlach: „Unmittelbar nach Gründung des Neuen Forums in Berlin nahm ich Kontakt zum Gründungsmitglied Martin Böttger aus Cainsdorf auf“, aus: „ehrllich und gewissenhaft“ (wie Anm. 1), S. 94; vgl. dazu auch: Volkshandbuch Sächsischer Landtag, 1. Legislaturperiode (wie Anm. 25), S. 32.

Haus wurde sozusagen die Niederlassung des Neuen Forums in Karl-Marx-Stadt“. ¹²³ Erst als er längst in der SDP engagiert war und die Weichen gestellt waren, erfuhr er, dass er beim „Neuen Forum“ eine einstellige Mitgliedsnummer hatte.

Gerlach beschreibt seine Motivation: „Es war mein innerer Drang, die schreienden Ungerechtigkeiten der DDR zu beseitigen oder wenigstens abzumildern. Und ich litt unter den offensichtlichen Lügen der öffentlichen Propaganda. Meine Kinder sollten einmal ohne politisch motivierte Verbietungen ihr Leben gestalten können“. ¹²⁴

Hansjörg Weigel war in der Zeit um den 22.07.1989 tatsächlich entschlossen, eine Partei zu gründen. Seine sonstigen tagtäglichen Beanspruchungen (insbesondere die nicht enden wollende Beratung der Ausreise-Antragsteller) müssen aber dennoch erdrückend gewesen sein. Irgendwann nach dem 22.07.1989 kamen Dr. Martin Böttger und Werner Schulze aus Berlin zu ihm und erzählten von ihren Plänen. Er hatte das Gefühl: Was die vorhatten – das war „eine neue Qualität“. So gab er seine eigenen Pläne für eine Parteigründung auf.

Damit stellt sich die Frage nach Weigels hypothetischen Erfolgsaussichten: Rückblickend scheint es kaum vorstellbar, aus der tiefsten Provinz heraus eine massenwirksame Partei gründen und aufbauen zu können. Alle Westkameras waren auf Ostberlin (und allenfalls – sofern sie es denn durften – auf Leipzig) gerichtet und ohne sie war ein breitenwirksames Auftreten wohl kaum vorstellbar.

Eine ganz andere Frage ist die nach seinen persönlichen Karrierechancen. Darum stand es ungleich besser. Als etwa im August 1989 der „Demokratische Aufbruch“ gegründet wurde, erhielt er von seinem Freund Friedrich Schorlemmer einen Anruf: „Komm’ mal schnell her!“ Doch dafür war er nicht gemacht: „Die Zeit in meinem Leben, wo ich am meisten Angst hatte, war [im] Dezember 1989, Januar und Februar 1990“. ¹²⁵

Wie positionierten sich die beiden Bürgerrechtler aus der konspirativen Runde vom 22.07.1989 nun zum „Neuen Forum“? Johannes Gerlach stieg – wie ausgeführt – sofort voll ein und wurde sogar erster Ansprechpartner für den Großraum Karl-Marx-Stadt. ¹²⁶ Hansjörg Weigel war da offenbar etwas zurückhaltender. Folgt man einem IM-Bericht, so glaubte er zwar, mit dieser Gründung und der (versuchten) offiziellen Anmeldung habe „man den fünften Schritt vor dem ersten getan“. Er ärgerte sich, dass wieder andere Akteure das „Neue Forum“ nach außen hin repräsentierten und „gewichtige“ Erklärungen abgaben, während die tatsächliche Arbeit abermals im innerkirchlichen Raum geleistet werden musste. Aber grundsätzlich sei das „keine schlechte Idee“, auch wenn er sich mit seiner geplan-

¹²³ Vgl. dazu: INGO ANDRATSCHKE, Ich habe das Gefühl, dass die Deutschen eigentlich an ihrem Wohlstand leiden, in: „Ehrlich und gewissenhaft“ (wie Anm. 1), S. 109 f., hier S. 109.

¹²⁴ Ebd., S. 95.

¹²⁵ JESSE, Friedliche Revolution und deutsche Einheit (wie Anm. 10), S. 262.

¹²⁶ „Ehrlich und gewissenhaft“ (wie Anm. 1), S. 94/95.

ten Vereinigung oder Partei nicht unter das Dach des „Neuen Forums“ stellen wollte.¹²⁷ Nun ist entweder dieser Bericht im Detail unzuverlässig (wenn Weigel noch gegen Ende September 1989 an seinem Projekt festhielt) oder aber es trägt ihn seine Erinnerung, die da sagt, nach dem Besuch von Martin Böttger und Werner Schulz im August 1989 habe er dort eine „neue Qualität“ erkannt und sein Projekt fallengelassen.

Die hier ausgebreiteten gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Akteure verweisen auch auf ihre milieubedingte Herkunft und Eingebundenheit. Laut soziologischen Erhebungen soll das protestantisch-bürgerbewegte Spektrum nie mehr als 0,01 % der Gesamtbevölkerung der DDR ausgemacht haben¹²⁸ – auch wenn es vorübergehend ungleich wirkungsmächtiger gewesen sein mag. Von dieser Wirkungsmächtigkeit war aber bereits bei der Volkskammerwahl vom 18.03.1990 nichts mehr zu spüren: das „Neue Forum“ wurde mit lediglich 2,9 % Stimmenanteil¹²⁹ von der politischen Bühne verwiesen.

RA Jürgen Meyer wollte mit dem sich hier abzeichnenden Zusammenschluss (zumindest zunächst) bei einer Blockpartei unterschlüpfen, Johannes Gerlach wollte (zumindest zunächst) lediglich einen Verein gründen und Hansjörg Weigel wirkte hier insgesamt eher unkonturiert, so dass nur Stephan Thorandt übrig bliebe. Wirklich wild entschlossene Parteiengründer (wie andernorts etwa Markus Meckel) waren das wohl nicht. Das MfS hat diese – wohl eher zögerliche – Entwicklung zwar so genau wie möglich „aufgeklärt“, die Initiatoren nun aber nicht etwa sofort verhaftet. Auch dieser Befund gehört mit zum Fazit. Freilich darf man darüber nicht vergessen, dass spätestens seit Mielkes Befehl I/67¹³⁰ die Einrichtung

¹²⁷ „Information“ der MfS-BV Kmst, Abt. XX, gez. OSL Eichler (ohne Adressat) vom 30.09.1989, aus: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 461 f.

¹²⁸ PETER HILGER, Aufbruch in die Bedeutungslosigkeit? Zur Marginalisierung der Oppositionsgruppen in der DDR im Jahr der „Wende“, Hannover 1995, S. 76 f. Vgl. dazu auch die Ausführungen des ehem. MfS-OSL Schmidt, der ausführt: „Von einer organisierten politischen Opposition in der DDR kann erst in den 80er-Jahren die Rede sein. Analysen der HA XX gingen 1988/89 von insgesamt 2.000 (kirchliche Angaben: 3.000) Personen in etwa 150 relevanten Zusammenschlüssen aus [...]. In einer Parteiinformation des MfS vom 1. Juni 1989 wird über etwa 160 derartige Zusammenschlüsse mit einem Gesamtpotential von ca. 2.500 Personen berichtet, darunter ein harter Kern von etwa 60“, aus: WOLFGANG SCHMIDT, Zur Sicherung der politischen Grundlagen der DDR (HA XX im MfS/Abt. XX der BV), in: Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Bd. 1, hrsg. von Reinhard Grimmer/Werner Irmeler/Willi Opitz/Wolfgang Schwanitz, Berlin 2002, S. 636. „Auch bei optimalen Bedingungen hätten die [...] Gruppen nur eine marginale Rolle [...] spielen können. Dazu reichte ihr intellektuelles und theoretisches Potential nicht aus, ganz zu schweigen von ihrem kaum vorhandenen Einfluss auf weitere Bevölkerungskreise. Sie verfügten über kein klares theoretisches Konzept, keine politischen Integrationsfiguren und waren in sich zerstritten“, aus: ebd., S. 639 f.

¹²⁹ ANDREA VOLKENS/HANS-DIETER KLINGEMANN, Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozess der Vereinigung, in: Die Gestaltung der deutschen Einheit, hrsg. von Eckhard Jesse/Armin Mitter, Bonn 1992, S. 189-214, hier S. 199.

¹³⁰ Vgl. dazu: THOMAS AUERBACH, Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS. Schriftenreihe B: Analysen und Berichte Nr. 1/95, Berlin 1994, S. 3 ff.

von Isolierungslagern im Falle der Ausrufung der „Spannungsperiode“ ebenso detailliert geplant wie vorbereitet war und die Bürgerrechtler hier umgehend eingeliefert worden wären; wahrscheinlich in die Objekte „Gitter I“ oder „Gitter II“.

Dennoch lässt die Reaktion der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt Fragen offen. Dort wusste man spätestens seit Ende Mai von Weigels und Gerlachs konspirativen Plänen.¹³¹ Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, Siegfried Lorenz, wurde vom Leiter der MfS-Bezirksverwaltung, Generalleutnant Siegfried Gehlert, spätestens am 27.06.1989 über die anvisierte Parteigründung informiert.¹³² Von einer außergewöhnlichen Reaktion des Genossen Siegfried Lorenz ist jedoch nichts überliefert. Also wurde lediglich weiter „aufgeklärt“. Auch gegenüber dem MfS Berlin hielt sich die Bezirksverwaltung der westsächsischen Industriemetropole auffallend zurück. Auf der Dienstbesprechung der BV-Chefs bei Minister Mielke am 31.08.1989 erwähnte Gehlert gegenüber Mielke die geplante Parteigründung nicht.¹³³ Oberstleutnant Eichler hatte seinem Vorgesetzten Generalleutnant Gehlert gleich in der Arbeitswoche nach jenem Samstag in Königswalde berichtet („Information“ vom 27.07.1989), doch der beim MfS Berlin dafür zuständige Oberst Joachim Wiegand wurde erst deutlich verzögert, nämlich mit Schreiben vom 09.08.1989, darüber in Kenntnis gesetzt.¹³⁴ Dort gab man sich rückblickend eher abgeklärt. So schrieb Oberstleutnant Wolfgang Schmidt: „Die HA/Abt. XX waren über die Vorbereitungen zur Bildung und die Gründungsversammlungen all dieser neuen Vereinigungen rechtzeitig informiert. [...] Die Teilnehmer und ihre programmatischen Vorstellungen – soweit sie überhaupt vorlagen – waren fast vollständig bereits im Vorfeld der Gründungen bekannt. Die Partei- und Staatsführung der DDR war hierüber seitens des MfS ständig informiert worden“.¹³⁵

Womöglich vor diesem Hintergrund schrieb ein Rezensent: „Der Anteil der Freiheitsbewegungen am Zusammenbruch der Diktaturen im Ostblock sollte durchaus einmal kritischer unter die Lupe genommen werden, als dies bis heute opportun erscheint. Das Ansehen der Oppositionellen und mutigen Aufständischen von 1989 würde selbst dann keineswegs beschädigt, wenn man zum Ergebnis käme, dass – wäre die Sowjetunion noch zum Machterhalt willens gewesen – die Erfolgsaussichten der ‚Bürgerbewegungen‘ Ostmitteleuropas etwa so groß gewesen wären wie 1953 oder 1956“.¹³⁶

¹³¹ Vgl. dazu die „Information“ vom Ltr. Abt. XX/4, Hptm. Eberhardt vom 30.05.1989, in: BStU-ASt. Chemnitz, OV „Spaten II“, Reg.-Nr. XIV 2214/77, Bd. III, S. 430 f.

¹³² Ebd., S. 449 f.

¹³³ Vgl. dazu: Transkription des Tonbandmitschnitts der Dienstbesprechung vom 31.08.1989, in: MfS, ZAIG, B/215, hier zitiert nach: „Ich liebe euch doch alle!“ (wie Anm. 3), S. 113-138, hier insbes. S. 130-136.

¹³⁴ KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 419 f.

¹³⁵ SCHMIDT, Zur Sicherung der politischen Grundlagen der DDR (wie Anm. 128), S. 659.

¹³⁶ JOACHIM SCHOLTYSECK, Moskaus Wille zur Macht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 153 vom 05.07.2005, S. 7.

Blicken wir noch einmal zurück auf die beiden Männer, die am späten Abend des 20.05.1989 in Königswalde zusammen saßen und sich einig waren, dass nun etwas geschehen müsse. Es ist nicht sicher, ob Friedrich Schorlemmer einmal gesagt wurde, dass aus Hansjörg Weigels beabsichtigter Parteigründung nichts geworden ist oder ob er das irgendwann selber feststellen musste. Es ist ja nicht nur Weigel, der mit seinem Vorhaben scheiterte. Der ein Jahr jüngere Schorlemmer¹³⁷ war im September 1989 zwar Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“ (DA), verlor dann aber am 16.12.1989 in Leipzig den parteiinternen Richtungskampf gegen seinen bisherigen Freund RA Wolfgang Schnur, der die Partei auf die Linie des Bundeskanzlers und in die „Allianz für Deutschland“ führte.¹³⁸ Schorlemmer und der linke DA-Parteiflügel wechselten einen Monat später zur SDP. Schorlemmer hatte seinen Freund Weigel – wie er eher links ambitioniert – aber nicht vergessen und suchte mehrmals, ihn ins öffentliche Bewusstsein zu rücken: Schon als er im Dezember 1989 die Carl-von-Ossietzky-Medaille entgegennahm, hieß es in seiner Dankesrede: „Ich nehme sie an für [...] Hans-Jörg Weigel in Königswalde“.¹³⁹ Drei Jahre später erhielt Schorlemmer den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche, dem „geistig-moralischen Podest der Nation“, wie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker einmal sagte. Auch dort erwähnte er in seiner Dankesrede Hansjörg Weigel und Königswalde namentlich und ganz ausdrücklich.¹⁴⁰ Man hatte einander also keineswegs vergessen.

Johannes Gerlach trat im Oktober 1989 der Sozialdemokratie (damals noch SDP) bei, Friedrich Schorlemmer im Januar 1990 und Hansjörg Weigel 2003 ebenfalls. Deutlich kleiner und viel blasser erinnerte dies an den einstigen Schwenk des politischen Protestantismus der jungen Bundesrepublik hin zur Sozialdemokratie, wie er seinen sinnfälligen Ausdruck fand im Beitritt der bisherigen GVP-Führer um Gustav Walter Heinemann zur SPD Mitte Mai 1957.¹⁴¹

Hansjörg Weigel glaubte 1989, unabhängiger Akteur zu sein. Als er – viel später – verinnerlichte, wie sehr er von zwei Spitzen-IM in eine gewisse Richtung gedrängt worden war, stellte sich für ihn die Frage nach Subjekt und Objekt neu. Retrospektiv fühlte er sich gar nicht mehr so sehr als freier Akteur, eher als zeitweilig benutzte Marionette. Hätte er die seinerzeitigen Vorgänge mit seinem Wissenstand des Jahres 1989 beschrieben, wäre das Ergebnis ein ganz anderes gewesen

¹³⁷ Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 24), S. 764.

¹³⁸ Sonnabend, 16. Dezember 1989, Leipzig, in: Der Spiegel Nr. 50 vom 13.12.1999, S. 150-175, hier insbes. S. 164.

¹³⁹ FRIEDRICH SCHORLEMMER, Dankesrede anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille im Haus der Kulturen der Welt in Westberlin, 10.12.1989, in: Ders., Träume und Alpträume. Einmischungen 1982-1990, Berlin [-Ost] 1990, S. 123-134, hier S. 124.

¹⁴⁰ KLUGE, Friedensseminar (wie Anm. 4), S. 40 f.

¹⁴¹ Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) beschloss auf ihrem Bundesparteitag vom 19.05.1957 die Selbstauflösung der Partei mit der Empfehlung an ihre Parteiklientel, nunmehr zur SPD zu wechseln.

als das einer Beschreibung mit dem Wissensstand von zehn oder zwanzig Jahren später. Dabei verwarf er die vorherigen Ansichten nicht schlichtweg, sondern begriff sie als eine Wahrheit zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt. Die historische Wahrheit des Jahres 1989 war für ihn also eine ganz andere als die des Jahres 1999 oder 2009; dennoch habe jede ihre ureigene Legitimation in ihrer Zeit. Wenn historische Wahrheit aber zeitbedingt und zeitabhängig wäre, dann sei es grundsätzlich bedenklich um sie bestellt. Was bliebe, so Weigel, sei einzig die existentielle Wahrheit.

Die Situation im Juli/August 1989 war landesweit so, dass es wohl eine ganze Anzahl, womöglich sogar eine Vielzahl vergleichbarer Situationen und Konstellationen gab, die man unter der Überschrift „Im Vorfeld einer Parteigründung“ beschreiben könnte. Ehrhart Neubert hütet sich in seiner monumentalen Überblicksdarstellung an dieser Stelle jedoch vor Spekulationen.¹⁴² Dies zu eruieren bleibt die Aufgabe künftiger Forschung. Für sie alle dürfte Königswalde aber in vielerlei Hinsicht prototypisch sein.

¹⁴² Er beschränkt sich auf Aussagen wie: „Die Aktivitäten zur Neuformierung gingen zumeist von langjährigen Oppositionellen aus. In den Gründungsdokumenten, Organisationsformen und auch in den politischen Unternehmungen kamen die bisherigen Orientierungen zum Tragen“, aus: NEUBERT, *Opposition in der DDR* (wie Anm. 2), S. 828.